

Dienstag, 18. Oktober 2022

Vormittag

Vorsitz:	Standespräsident Tarzsius Caviezel
Protokollführer:	Gian-Reto Meier-Gort
Präsenz:	anwesend 119 Mitglieder entschuldigt: Pajic
Sitzungsbeginn:	8.15 Uhr

Standespräsident Caviezel: Darf ich um etwas Ruhe im Saal bitten, damit wir mit der Debatte weiterfahren können? Wir sind immer noch in der Eintretensdebatte der Realisierung des Fachhochschulzentrums Graubünden, und dazu erteile ich Grossrat Kenneth Danuser, wenn es dann funktioniert, das Wort.

Realisierung Fachhochschulzentrum Graubünden (Botschaften Heft Nr. 4/2022-2023, S. 285) (Fortsetzung)

Eintreten (Fortsetzung)

Danuser (Cazis): In der Botschaft steht geschrieben, dass das Siegerprojekt Ziele zur Architektur, Gebäudetechnik und Nachhaltigkeit verfolgen soll. Diese Ziele sollen gleichwertig und integral Bestandteil des Bauvorhabens werden. Dass der Bau in Holzhybridbauweise konzipiert wurde, zeigt auf, dass der Baustoff Holz vieles kann. In einem Kanton mit einem Waldanteil von 30 Prozent ist Holzverwendung ein klares Statement zum einzigen vorhandenen nachwachsenden Rohstoff Holz. In der Botschaft ist vermerkt, dass das Holz grösstmöglich aus heimischen Wäldern zu beziehen ist. Dabei werden die Potenziale der Wald- und Holzwirtschaft herausgefordert, aber auch gestärkt werden. An dieser Stelle möchte ich Ihnen die Dachorganisation Graubünden Holz vorstellen. Die unter diesem Dach vereinten Trägerorganisationen Selva, der Waldbesitzerverband Graubündens, der BFUV, der Forstunternehmerverband, HBSGR, der Holzbau, die Zimmerbetriebe, die Säger aus Graubünden, welche im HISS zusammengeführt sind, aber auch die Schreiner im VSSM. Zusammen mit dem Amt für Wald und der ibW werden sie aufzeigen, dass solche Bauten mit einheimischen unbehandelten Hölzern realisiert werden können. Wer einheimisches Holz verwendet, kann kurze Transportwege einhalten. Wer einheimisches Holz verwendet, verjüngt Schutzwaldflächen und stabilisiert diese. Wer einheimisches Holz verwendet, der stellt sicher, dass Wertschöpfung im Kanton Graubünden bleibt. Ich bin für Eintreten und

hoffe, dass dieses Geschäft verabschiedet und zuhanden der Volksabstimmung empfohlen wird.

Collenberg: Die Fachhochschule Graubünden ist für den Kanton Graubünden aus bildungs-, forschungs- und innovationspolitischer Sicht von grosser Bedeutung. Mit der Fachhochschule Graubünden verfügt der Kanton über eine Institution, welche nicht nur die Wirtschaft ankurbelt, sondern auch dem Fachkräftemangel Gegensteuer gibt. Leider müssen immer noch viele junge Personen den Kanton Graubünden verlassen, um zu studieren oder sich weiterzubilden. Sobald eine junge Person den Kanton verlässt, besteht das Risiko, dass diese Person nicht mehr zurückkehrt. Oft verlassen junge Personen den Kanton, um zu studieren, mit dem Ziel, später zurückzukehren. Während der Studienzeit kann jedoch viel passieren. Man lernt neue Freunde kennen, lernt neue Unternehmen kennen und baut ein neues Umfeld auf. Und plötzlich ist eine Rückkehr aus beruflichen Gründen keine Option mehr, und dies, obwohl auch interessante Stellen im Kanton Graubünden zu besetzen wären. Entsprechend verlieren wir Talente für die Bündner Unternehmen. Aus diesem Grund muss die Politik alles unternehmen, um die Attraktivität des Studiums im Kanton Graubünden zu steigern. Die Fachhochschule Graubünden hat sich in den letzten Jahren stetig weiterentwickelt und immer mehr Studiengänge angeboten. Dies ist eine erfreuliche Entwicklung. Die jetzige Situation der Infrastruktur ist jedoch nicht tragbar. Als ehemaliger Student der Fachhochschule Graubünden bin ich daher der festen Überzeugung, dass es nun diese Investitionen in ein Fachhochschulzentrum benötigt, damit die Fachhochschule Graubünden sich weiterentwickeln kann und damit wir den Kanton als Bildungs- und Forschungsstandort stärken können. Mit dem Projekt wird nicht nur Chur gestärkt, sondern der ganze Kanton, und viele Unternehmen werden davon profitieren.

Durch die Weiterbildungsangebote und dank der Teilzeit-Studiengänge ist es möglich, in unseren Regionen zu arbeiten und sich weiterzubilden. Beruf und Weiterbildung lassen sich somit ausgezeichnet miteinander vereinen. Ohne die Angebote wäre es vor allem für die Mitarbeitenden der Unternehmen in den Regionen bedeutend anspruchsvoller, Studium und Weiterbildung mit dem Beruf zu vereinen. Die gestiegenen Studierendenzahlen

und der hohe Anteil an ausserkantonal Studierenden zeigen, dass die umgesetzte Nischenstrategie die richtige ist. Da Berggebiete traditionell von einer Talentabwanderung betroffen sind, muss der Kanton Graubünden unbedingt Massnahmen ergreifen, um Talentszuwanderung zu fördern. Hierzu spielt die Fachhochschule Graubünden eine wichtige Rolle. Zusammenfassend möchte ich daher festhalten, dass die Realisierung des Fachhochschulzentrums aus Sicht der Regionen, der jungen Generationen, der Talentbewahrung und Talentgewinnung von grosser Wichtigkeit ist für den Kanton Graubünden. Entsprechend bin auch ich für Eintreten und anschliessend für eine überzeugende Genehmigung zuhanden der Volksabstimmung.

Favre Accola: Im Grossen Rat betonen wir immer wieder die Wichtigkeit, die Wertschöpfung in den Regionen, Gemeinden aber natürlich auch für unseren Kanton zu maximieren. Mit anderen Worten, Wachstum und Weiterentwicklung zu ermöglichen. Dafür braucht es aber auch auf unsere Wirtschaft ausgerichtete und gut ausgebildete Arbeits- und Fachkräfte. Wir durften in der jüngsten Publikation des Wirtschaftsforums Graubünden nachlesen, dass bis 2040 rund 30 000 Vollzeitarbeitsplätze nicht besetzt werden können. Tritt diese Prognose ein, dann sprechen wir nicht mehr von Wachstum und Weiterentwicklung, sondern von einer Schrumpfung unserer Wirtschaft, was es um jeden Preis zu verhindern gilt. Entsprechende Massnahmen sind jetzt umgehend an die Hand zu nehmen. Eine Massnahme, um diesem Personal-mangel entgegenzuwirken, ist, unsere FH Graubünden als Talentmagnet zu stärken. Wenn junge Talente für ein Studium nach Graubünden kommen, oder wenn Einheimische für ein Studium nicht in andere Kantone auswandern müssen, ist die Chance grösser, dass sie nach der Ausbildung in Graubünden verbleiben. Der massive Brain-Drain durch studierende Bündnerinnen und Bündner wird durch einen zahlenmässig kleineren, aber äusserst wertvollen Brain-Gain durch auswärtig Studierende in Graubünden gemildert. Heute kommen über 80 Prozent der Studierenden der FH Graubünden von ausserhalb Graubündens. Hochschulangebote in Graubünden schaffen ein interessantes Rekrutierungspotenzial für die lokale Wirtschaft, das es noch besser zu nutzen gilt. Wir haben es in der Hand, die Hochschule zu stärken, die Infrastruktur attraktiv zu gestalten und bedürfnisorientierte wie schweizweit einzigartige Studiengänge zu lancieren und damit junge Menschen nach Graubünden zu bringen. Mit einem klaren und unmissverständlichen Ja stärken Sie unsere Wirtschaft und den Kanton Graubünden.

Heini: Der Brain-Drain, also die Abwanderung von gut ausgebildeten jungen Leuten, findet statt. Ich konnte es nach meinem Studium in Zürich selber feststellen. Nach dem Abschluss kamen nur sehr wenige Bündnerinnen und Bündner wieder zurück und suchten sich eine Stelle in Graubünden. Abgänger aus anderen Kantonen gar keine. Unser Jahrgang war kein Einzelfall. Es war die Norm. Zu jener Zeit war es aber kein grosses Problem, denn es waren genügend Fachkräfte im Kanton vorhanden. Sogar das Gegenteil war der Fall. Für Spezialisten

oder Leute mit Hochschulabschluss gab es in Graubünden kaum angemessene Stellen. Die Zeiten haben sich aber grundlegend geändert. Heute suchen die Bündner Unternehmungen händierend nach geeignetem Personal auf allen Stufen. Dieses Problem betrifft nicht nur die grossen Firmen, wie wir gestern von Grossrat Morf gehört haben. Auch viele KMU-Betriebe haben dieselben Probleme. Eine kürzlich durchgeführte Umfrage bei dem Gewerbe hat aufgezeigt: Der Fachkräftemangel ist bereits heute die grösste Sorge vieler Betriebe. Und die Zukunft sieht diesbezüglich nicht besser aus. Mit der demographischen Entwicklung werden uns zusätzliche einheimische Arbeitskräfte fehlen. Eine wichtige Massnahme gegen diese Abwanderung wurde mit der Eigenständigkeit und Vergrösserung der Fachhochschule Graubünden bereits angegangen. Der geplante neue Campus ist der nächste wichtige Schritt dieser Strategie. Er stärkt die Fachhochschule und rüstet sie für die zukünftigen Herausforderungen. Ich gebe aber zu bedenken: Auch mit diesem tollen Projekt, welches viel Geld kostet, ist das Problem noch nicht gelöst. Auch mit einem Campus werden wir die Abwanderung nicht vollständig verhindern noch genügend neue Arbeitskräfte von ausserhalb Graubündens anziehen können. Es werden weitere Massnahmen notwendig sein. Doch gehen wir schrittweise vor. Heute geht es um die Bauvorlage des Campus. Als Vertreter der Baubranche bin ich selbstverständlich für Eintreten und hoffe bei der Schlussabstimmung auf ein klares, positives Resultat des Rates als Signal für die spätere Volksabstimmung.

Badrutt: Da ich aktuell selbst ein Studium an einer Hochschule absolviere, erlaube ich mir, an dieser Stelle meine persönliche Sichtweise stellvertretend für die Gruppe der Studierenden und jene der Jungen einzubringen. Dabei möchte ich den Fokus insbesondere auf die sozialen Aspekte eines solchen Projektes richten. Wie viele andere Studierende zwang die Pandemie auch mich zu einem fast zweijährigen Studium vor dem heimischen Computerbildschirm. Dabei zeigte sich, dass nicht nur die Lehre einen Aspekt des Hochschullebens darstellt, sondern dass vor allem auch die soziale Interaktion zwischen den Studierenden von erheblicher Bedeutung für das erfolgreiche Absolvieren eines Studiums ist. Dies manifestierte sich im Nachgang der Pandemie an der überdurchschnittlichen Anzahl der Studierenden, die anstelle des heimischen Zimmers lieber wieder in den Gebäuden der Hochschule arbeiteten, lernten und sich trafen. Unter diesem Aspekt bildet das vorgeschlagene Projekt nicht nur eine enorme Aufwertung der Lehre, sondern schafft auch einen zentralen Treffpunkt, der die soziale Interaktion fördert und neue Kontakte entstehen lässt. Mit Blick auf zahlreiche andere schweizerische Hochschulen fehlt der Fachhochschule Graubünden bis dato ein solcher Treffpunkt. Das vorgeschlagene Projekt füllt diese Lücke und sorgt dabei auch in Zukunft für ein attraktives Studienangebot im Kanton Graubünden.

Föhn: Unsere Fachhochschule dürfen wir als innovativ bezeichnen. Sie passt sich laufend dem Markt an. Mehr als 80 Prozent der Studenten sind von ausserhalb unseres Kantons und lassen sich bei uns bilden. Das kann natür-

lich auch als positiv bewertet werden. Als erfolgreiches Bildungsinstitut braucht sie moderne und gut eingerichtete Räumlichkeiten für einen optimalen Unterricht. Viele bestehende Räumlichkeiten passen heute nicht mehr zu einer Fachhochschule. Mit einer erfolgreichen Fachhochschule hoffen wir, dass wir den Mangel an gut ausgebildetem Fachpersonal im regionalen Gewerbe und Industrie entgegenwirken können. Die Gesamtzahl von Studierenden nahm in den letzten Jahren erfreulich zu. Ich muss Sie aber darauf hinweisen, dass andere Fachhochschulen in der Schweiz ein höheres Wachstum ausweisen können. Vielleicht kann die Regierung noch die 2022er-Zahlen nachreichen. Bedenklich für mich sind die geringen Anteile an Bündner Schülerinnen und Schülern, die in der Zwischenzeit unter 18 Prozent sind. Als Gemeindepräsident von Landquart möchte ich noch ein Wort zum Standort sagen. Und zwar, der Standort an der Pulvermühlestrasse wurde damals im 2018 entschieden und auch gewählt. Damals war in Landquart eine Parzelle direkt neben dem Bahnhof und der Autobahn verfügbar, die einmalig gewesen wäre. Und wenn ich noch denke, dass heute 80 Prozent der Schülerinnen und Schüler in Chur umsteigen müssen, entweder auf die RhB oder auf die Busse, ist das auch nicht ein Highlight. Und wenn wir noch weiter anschauen, wo die neue Fachhochschule zu stehen kommt in der Industrie, eingeklemmt zwischen Industriehallen, ist das sicher keine gute Aussenwirkung. Aber das nur so nebenbei. Und wenn ich noch 30 bis 50 Jahre vorausschaue, ist das ganz sicher, und später werden wir uns fragen: Warum haben wir die Fachhochschule dort platziert? Jetzt, der Standort ist für mich gegessen.

Jetzt komme ich noch zur Kindertagesstätte. Wir planen da zusätzlich eine Kindertagesstätte ein. Ich frage mich: Warum brauchen wir denn zusätzlich eine Kindertagesstätte, wenn in kurzer Gehdistanz schon eine private Kindertagesstätte vorhanden ist? Sie kostet uns einiges, und ich bin der Meinung, dass die Kinder auf einem Studentencampus nicht am richtigen Ort sind. Sie haben ganz andere Bedürfnisse, sie brauchen Spielplätze, sie sind lärmig.

Noch ein paar Worte zu den Kosten: 2018 hatten wir einen Kostenvoranschlag von 126 Millionen Franken. In der Zwischenzeit ist in der Botschaft ein Kostenvoranschlag für 178 Millionen Franken plus/minus 20 Prozent, also wir reden da von 210 Millionen Franken. Mit diesem Verpflichtungskredit sprechen wir den Kredit für den Neubau an der Pulvermühlestrasse 68. Was die Sanierung und der Umbau der alten Schule an der Pulvermühlestrasse 57 kosten, wissen wir heute überhaupt nicht, respektive das wird uns später in einem weiteren Verpflichtungskredit vorgelegt. Ich unterstütze die vorgesehene Reservebildung von zusätzlich 60 Millionen Franken zulasten der Rechnung 2022 nicht. Dieses Vorgehen ist meiner Meinung nach mit dem HRM2 nicht vereinbar. Jetzt noch zum Schluss, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ich bin mir bewusst, dass wir eine innovative, erfolgreiche Fachhochschule bei uns brauchen. Ich bin auch fürs Eintreten, aber später in der Diskussion über den Neubau der Fachhochschule, vor allem bei den Schlussabstimmungen, werde ich mich bei einzelnen Punkten enthalten.

Furger: Durante la prima sessione di questa nuova legislatura abbiamo approvato la revisione parziale della legge sul personale. Uno degli scopi di detta revisione è quello di mantenere attrattivi i posti di lavoro nel nostro Cantone, in modo da evitare che gli impiegati si rechino in altri Cantoni, rispettivamente che i posti di lavoro siano attrattivi anche per impiegati che desidererebbero trasferirsi nel nostro Cantone. Le imprese grigionesi cercano già attualmente personale. Senza contromisure le ditte residenti nel nostro Cantone, secondo un articolo pubblicato lo scorso 13 ottobre sul quotidiano Südostschweiz, nell'anno 2040 rimarrebbero vacanti 32'000 posti di lavoro. La nuova SUP GR unitamente alla sede già esistente permetterebbe di aumentare il numero degli studenti e quindi del personale a disposizione delle aziende. Oltre alla formazione l'istituto si occupa dell'aggiornamento e della ricerca, attività che necessitano di ampi spazi per i macchinari e per apparecchi vari. L'Università delle scienze applicate, grazie ai due laboratori reali, uno nella Val Bregaglia e l'altro nella Surselva, dà un importante contributo anche allo sviluppo regionale. Sarebbe auspicabile che in un prossimo futuro se ne possano realizzare altri. Per cui anche io quale membro della commissione ad hoc condivido l'entrata in materia.

Kappeler: Selbstverständlich nehme ich natürlich mit viel Freude Kenntnis von der wohlwollenden Aufnahme der Botschaft. Ja, ich habe vor siebeneinhalb Jahren diesen Auftrag eingereicht, und das Motto kann ja irgendwie sein «was lange währt, muss gut sein». Ich spreche aber auch hier als Präsident des Fördervereins der Fachhochschule Graubünden. Und diesbezüglich nehmen wir die Stichworte sehr gerne zur Kenntnis, die gefallen sind, wie Innovation, Forschung, Wertschöpfung, Brain-Gain, dann auch Investition in die Zukunft, zeitgemässer Campus, Konkurrenzfähigkeit und auch Nachhaltigkeit. Ich glaube, das ist die Ebene, wo wir uns konzentrieren müssen als strategisches Organ. Geschätzter Kollege Föhn, werte Kollegen von der SP-Fraktion, ich denke, es muss dieses Niveau sein, wo wir uns bewegen, wo wir die Verantwortung wahrnehmen. Innovation, Forschung, Fachkräftemangel, das sind die Themen. Und ich bin froh, Kollege Föhn, dass Sie sagen, Sie haben die Standortdiskussionen hinter sich gelassen. Aber die Themen, ob Kinderkrippe richtig oder falsch oder ob zehn Parkplätze mehr oder weniger, das ist wirklich ein riskantes Spiel, das Sie hier treiben. Ich habe Verständnis, aber es geht hier um die höheren, um die strategischen Werte. Und das müssen wir uns bewusst sein. Und wenn wir dieses Schiff nun in Gefahr bringen, dann wird es, ja, der Auftrag wurde 2015 eingereicht. Jetzt haben wir Herbst 2022. Wir können es uns schlichtweg nicht mehr leisten, über sieben Jahre zu warten, bis man dann halt irgendein anderes, ein revidiertes Projekt hat. Das liegt nicht drin. Deshalb bitte ich Sie wirklich, beachten Sie die Verantwortung, bringen Sie Ihre Modifikationswünsche hier zur Sprache. Da spricht ja nichts dagegen. Aber behalten Sie das übergeordnete Ziel im Auge. Das ist für Graubünden, für unsere Wirtschaft, für unsere Jugend von zentraler Bedeutung. In diesem Sinne gebe ich jetzt auch gerne bekannt, dass

wir vom Förderverein, verschiedene Grossrätinnen und Grossräte sind da im Vorstand dabei, werden wir aktiv natürlich auch dieses Projekt oder dieses Kind weiter begleiten. An dieser Stelle möchte ich auch der Vorbereitungscommission unter dem Präsidenten Roman Hug für die wirklich detaillierte Arbeit recht herzlich danken.

Cortesi: Ich erlaube mir einen Blick zurück, und zwar weniger, was das Bauprojekt betrifft, sondern die Schule im Grundsätzlichen. Diese Schule gründet auf der damaligen Erkenntnis, dass es besser ist, wenn eine Region die Fachleute, welche das Gewerbe und die Industrie benötigt, selber ausbildet, als dass diese aus der Ferne zu uns kommen und vielleicht nach ein paar Jahren, wie heute Morgen schon erwähnt wurde, wieder gehen. Das war 1961 die Grundidee von Herrn Kreienbühl, dem damaligen Rektor des Lehrerseminars, und Herrn Oswald, dem damaligen Direktor der Ems-Chemie, und die eigentliche Geburtsstunde der heutigen Fachhochschule. Aber woher die Lehrkräfte nehmen für eine Schule, die in erster Linie Ingenieure, Chemiker sowie Architekten ausbilden sollen? Auch aus der Wirtschaft. Die Lehrpersonen arbeiteten als Fachkräfte tagsüber in ihren Unternehmungen, und um 17 Uhr oder 18.50 Uhr standen sie bis 21.50 Uhr vor ihrer Klasse mit allesamt motivierten Studierenden. Warum allesamt motiviert? Weil niemand viereinhalb Jahre Freizeit für das Studium einsetzt, wenn er das nicht wirklich will. Bereits im Frühling 1964 startete der Schulbetrieb mit den fünf von der Wirtschaft stark nachgefragten Fachrichtungen Hochbau, Tiefbau, Maschinenbau, Chemie und Elektrotechnik, und dies ohne ein eigenes Schulhaus, sondern eingemietet an verschiedenen Orten in der Stadt. Seither ist die Schule gewachsen, und wie. Aber gleichzeitig sind die eigentlichen Fachrichtungen von damals, nämlich das Ausbilden im klassischen Ingenieurbereich, welche von der Wirtschaft nach wie vor gesucht wird und auf dem Markt gefordert sind, leider etwas geschrumpft. Die Schule bietet heute unzählige Studiengänge an und ist so richtig gross geworden. Auch die Lehrkräfte kommen mehrheitlich nicht mehr am Abend in die Schule. Ich sage dies als einer, der die Schule während 28 Jahren, vom Abendtechnikum Chur bis zur FHGR, von innen erleben durfte und nach wie vor voll hinter dieser Schule steht.

Aber trotz dieses Bekenntnisses darf die Frage schon gestellt sein: Bildet sie wirklich genügend aus, was unsere Bündner Wirtschaft nachfragt? Kaum, sonst würden nicht 80 Prozent der Studierenden von auswärts kommen und nach Abschluss des Studiums wohl auch mehrheitlich Graubünden wieder den Rücken kehren. Aber trotz dieser kritischen Bemerkung sollten wir der Botschaft zustimmen und das Fachhochschulzentrum Graubünden realisieren. Warum? Die Schule hat in der Fachhochschullandschaft Schweiz eine namhafte Rolle eingenommen. Sie ist eine Grösse innerhalb der Fachhochschulen geworden. Dieses Projekt steigert dies zusätzlich. Graubünden etabliert seinen Ruf auch hinsichtlich dem Prädikat echter Fachhochschulbildungsstandort. Sehr viele hochspezialisierte Lehrkräfte arbeiten hier, haben herausfordernde Arbeit und bezahlen wohl auch hier ihre Steuern. Und zu guter Letzt, weil Investitionen

in solche Bildungsstätten meistens richtig sind. Somit sollten wir eintreten und dann der Botschaft zustimmen, aber der Schule mit auf den Weg geben, dass sie ihre DNA nicht vergessen soll, nämlich die damalige Erkenntnis, Menschen hier auszubilden, welche die Bündner Wirtschaft hier auch wirklich nachfragt.

Pfäffli: Ich unterstütze das Projekt ebenfalls aus vollster Überzeugung. Ich werde auch für Eintreten stimmen. Ich werde das Projekt in der Schlussabstimmung unterstützen. Es ist ein grosszügiges Projekt. Es ist eine grosszügige Investition in die Bildungslandschaft, in die Bildung im Kanton Graubünden. Grosszügigkeit, die die Bildung im Kanton wirklich braucht. Und ich appelliere daran, dass diese Grosszügigkeit auch in Zukunft angewendet wird, wenn wir andere Themen wie beispielsweise die dezentralen Berufsbildungsstandorte oder die privaten Mittelschulen wieder mit solchen Problemen konfrontiert werden, dass diese Grosszügigkeit, die wir heute an den Tag legen, auch dann wieder spielt, im Interesse der Solidarität des ganzen Kantons und der ganzen Bildungslandschaft im Kanton.

Bischof: Ich möchte nur kurz nochmals Bezug nehmen auf das Eintrittsvotum von Grossrat Föhn, und Sie können sich vorstellen, ich kann das nicht einfach so stehenlassen, dass Kinderkrippenplätze auf dem Campus quasi kritisch beurteilt werden, denn wir gehen in ein zukunftsgerichtetes Projekt, und wir werden neue Lebensformen brauchen. Und es spielt keine Rolle, ob Sie als Frau Kinder haben oder keine Kinder haben, ob Sie als Mann Kinder haben oder keine Kinder haben. Aber es spielt eine Rolle, was Ihnen die Institution als Lebensform, als Arbeitsform anbietet. Und deshalb ist es auch absolut notwendig und wichtig, dass sie Kinderkrippenplätze auf dem Campus haben, damit jede Lebensform, ob mit oder ohne Kinder, für die Leute, die auf dem Campus arbeiten, möglich ist. Und Sie können auch nur die besten und die allerbesten Fachkräfte gewinnen, wenn Sie alle möglichen Lebensformen abholen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Standespräsident Caviezel: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr aus dem Plenum und erteile Regierungsrat Mario Cavigelli das Wort.

Regierungsrat Cavigelli: Ich danke Ihnen im Namen der Regierung ganz herzlich für die grundsätzlich sehr positive Aufnahme dieser Botschaft. Ich bin auch dankbar für den Hinweis gewesen von Grossrat Cortesi auf die geschichtliche Entwicklung, auf die Ursprünge unserer heutigen Fachhochschule Graubünden. Und ich glaube, es lohnt sich, einen kurzen Blick auf diese Entwicklung zu werfen, weil wir dann spüren, in welchem Schwung, in welchem Sog wir uns befinden. Es war der damalige Gründungspräsident, der ehemalige Bündner Nationalrat Dr. Ettore Tenchio, der sich so zitieren liess: «Der Entschluss, ein Abendtechnikum Chur zu eröffnen, ist ein Akt der Unterstützung und ein Akt des Glaubens an die Jugend.» Es war damals durchaus im Fokus, dass man die einheimischen Bündnerinnen, vor allem natürlich damals noch mehr die Bündner, ausbilden wollte, und

man wollte sie tatsächlich auch technisch ausbilden. Genauso, wie darauf hingewiesen worden ist, auch von Grossrat Morf.

Die Schule hiess ja dann später HTL Chur, nämlich Höhere Technische Lehranstalt Chur. Und es waren diese Berufsbilder im Fokus, die wir heute auch genannt bekommen haben. Allerdings hat es dann auch Weiterentwicklungsschritte gegeben, und auch diese gehören zur DNA der heutigen Fachhochschule Graubünden. Es ist dann eine Umbenennung gemacht worden von der HTL Chur zu HTA, nämlich Hochschule für Technik und Architektur, auch dies gibt einen Eindruck, welchen Fächerkanon man damals angestrebt hat. Aber parallel dazu, und daran können sich nur die Älteren hier im Saal, die mindestens so alt sind wie ich, noch erinnern, hat es dann auch noch eine HWT gegeben, nämlich diese Hochschule für Wirtschaft und Tourismus. Man hat sich dann damals eben ganz bewusst auch noch auf einen anderen Fächerkanon, auf einen anderen Bereich fokussiert, der als notwendig erachtet worden ist, um den Jungen eine Ausbildung zu bieten, um letztlich auch der Wirtschaft Fachkräfte zu bieten, nämlich in der Wirtschaft und, es mag uns ja nicht erstaunen, auch im Tourismus. Und deshalb hat diese Schule dann später Hochschule für Technik und Wirtschaft respektive HTW Chur geheissen.

Und erst später ist es dann eine Schule gewesen, die von der privaten Trägerschaft auf die Trägerschaft des Kantons übertragen worden ist. Der Kanton hat nämlich die Schule, die HTW Chur, im 2006 insofern übernommen, als dass er aus der Schule eine Anstalt machte, nämlich eine selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt des kantonalen Rechts. Diese HTW Chur war damals, und auch das ein entscheidender Schritt, um zu verstehen, wie sich die Schule dynamisch entwickelt hat in der vergangenen Zeit, diese HTW Chur war damals Teil der Fachhochschule Ostschweiz. Und als Teil der Fachhochschule Ostschweiz war sie in einem Verbund mit weiteren Fachhochschulen der Ostschweiz. Die Hochschule für angewandte Wissenschaften St. Gallen, die interstaatliche Hochschule für Technik NTW in Buchs und auch die Hochschule Rapperswil. Man darf sicher rückblickend festhalten, dass auch unsere Fachhochschule von dieser Kooperation, von diesem Zusammenschluss damals ziemlich profitiert hat. Man konnte sich vernetzen, man konnte sich weiterentwickeln, man konnte sich stärken, man konnte auch den Blick schärfen. Man musste aber damals auch erkennen, dass dieser Verbund für unsere Hochschule letztlich auch eine Einschränkung bedeutete hatte. Man konnte sich eben nicht genau so weiterentwickeln, wie es für unsere Schule gut gewesen wäre. Und so ist es dann soweit gekommen, dass man recht selbstbewusst den Entscheid gefällt hat, dass man die Schule verselbständigen möchte, aus diesem Fachhochschulverbund ausnehmen möchte, und hat dann eine Akkreditierung beim Bund angestrebt und diese dann letztlich auch bekommen.

Wenn wir hier also heute von einem Erweiterungsthema in räumlicher Hinsicht sprechen, dann müssen wir uns immer auch fest vor Augen halten, wie sich die Schule als Schulbetrieb, was ja eigentlich ihre Hauptaufgabe ist, in der vergangenen Zeit entwickelt hat, wie erfolgreich

dieses Tun gewesen ist. Und es ist, ich meine auch aus der Sicht der Regierung, hier im Rat zu Recht gewürdigt worden, dass man ein gesundes, unternehmerisches Handeln dieser Schule gespürt hat in den letzten Jahren, dass man auch gespürt hat, dass die Schule sich innovativ bewegen möchte, dass sie sich weiterentwickelt und auch einmal vorwagt in Nischen, die auch eine Alleinstellung ermöglichen. Die ermöglichen letztlich dann aber auch wegen der Breite, dass man, wenn das eine oder andere Bildungsangebot nicht mehr so nachgefragt wird, gewissermassen eine Schwankungsreserve hat, dass man also das eine oder andere abtempieren kann. Dass diese Erkenntnis richtig ist, wie sie hier auch im Rat zum Ausdruck gekommen ist, zeigt im Übrigen auch eine externe Fachevaluation 2022. Sie ist final auf dem Tisch, steht kurz davor, in der Regierung beschlossen zu werden, und ich weiche hier ein bisschen ab von dem, was üblich ist, dass ich nämlich eine wichtige Erkenntnis aus diesem Bericht hier bereits präsentieren kann. Es wird nämlich dort in dieser extern erstellten Fachevaluation 2022 festgehalten: «Zum Beispiel durch interdisziplinäre Studienangebote gelingt es der Fachhochschule Graubünden, sich unter der Nutzung von Synergien insbesondere innerhalb der FHGR ein starkes Profil zu geben».

Und ich glaube, das ist unser Startpunkt. Wir haben eine Schule mit einem starken Profil, und wir möchten dieses Profil weiter stärken, festigen, fit halten. Wo liegen eigentlich die Kernqualitäten dieser Schule? Wenn man das so nimmt, dann ganz gewiss in ganz erheblichem Wachstum, ganz gewiss auch in der Feststellung, dass 80 Prozent ausserkantonale Studierende diese Fachhochschule besuchen. Es scheint also so zu sein, dass die Fachhochschule Graubünden attraktiv ist, sonst wäre es ja nicht der Fall, dass 80 Prozent Ausserkantonale hier, ich sage es mal ein bisschen demütig, in die Peripherie nach Chur zur Schule kommen, zur Ausbildung kommen. Sie muss offenbar wertvolle Qualitäten bieten. Ein wichtiger Aspekt unter diesem Thema ist die Frage: Ist dieser Mix von Ausserkantonalen/Innerkantonalen eigentlich eben wirklich eher positiv oder auch ein Risiko? Natürlich ist es auch ein Risiko. Wenn die Attraktivität des Fächerkanons abnimmt und dann diese hohe Zahl von auswärtigen Studierenden ausbleiben würde, dann würde natürlich ein wesentliches Mengengerüst fehlen für das Angebot dieser Schule. Umgekehrt müssen wir aber auch festhalten, wenn es uns gelingt, so viele Auswärtige nach Chur zu locken, anzuziehen für Studienangebote, dann kann das Angebot eben breiter sein, als wenn wir nur viel weniger Schülerinnen und Schüler, Studentinnen und Studenten hätten. Und von dieser Vielzahl an Fächerangeboten profitieren letztlich vor allem auch unsere Einheimischen. Es sind unsere Einheimischen, die Bündnerinnen und Bündner, die dann profitieren, dass so viele Auswärtige es ermöglichen, hier ein breites Fächerangebot anzubieten und diese Fachhochschule als Ausbildungsstätte besuchen zu können. Es ist also aus der Sicht der Regierung ein tragender Pfeiler, haben wir so viele ausserkantonale Studierende. Es ist die tragende Kraft, aber natürlich auch ein wichtiger Hinweisgeber für die Strategie der Schule, wie sie sich weiterzuentwickeln hat, nämlich attraktiv zu blei-

ben, auch für Auswärtige. Die Fachhochschule Graubünden ist ganz offensichtlich, auch wenn sie Defizite mit Blick auf die Infrastruktur hat, eine moderne Hochschule. Sie ist eine moderne Hochschule mit einem modernen, zeitgemässen Studienangebot. Es ist weniger darauf hingewiesen worden in den zahlreichen Voten in diesem Rat bisher, wo eigentlich die sechs Profildfelder liegen. Zum Teil ist der Fächerkanon angesprochen worden, aber nicht mit Blick auf die Hochschul- und Forschungsstrategie. Ich möchte Sie benennen. Die sechs Profildfelder, die die Fachhochschule Graubünden zu bearbeiten hat, sind: Tourismus und Wirtschaft, historisch bedingt auch natürlich und die Bedürfnisse von heute, dann Ressourcen und Naturgefahren, dann die Schlüsseltechnologien, dann auch Kultur und Vielfalt, dann Life Science, auch Gesundheit gehört dazu, und Computational Science. Heute bietet die Fachhochschule Graubünden vier dieser sechs Profildfelder an. Es liegt also noch in der Luft, gewisse Profildfelder weiter zu vertiefen. Das fünfte, Life Science, wird bald belegbar sein.

Die Fachhochschule, und auch das ist festzuhalten, ist auch ein volkswirtschaftlicher Wert. Man kann es vielleicht unter diesem Thema platzieren, wenn auch gesagt wird, dass wir Fachkräftemangel haben und die Schule dazu einen Beitrag leistet. Sie leistet jedenfalls einen Beitrag nach den Bedürfnissen, wie sie ganz praktisch in der regionalen Wirtschaft auch gespürt werden, nämlich z. B. die Weiterbildungs- und Ausbildungsangebote ganz allgemein, aber auch gewisse Forschungstätigkeiten, die letztlich der kantonalen Volkswirtschaft, den grossen Unternehmen, es ist darauf hingewiesen worden, aber eben auch den kleineren Unternehmungen im Kanton zugute kommen. Das führt dazu, dass wir den Fachkräftemangel oder den Mangel an Wissen nicht beseitigen können, aber wir haben mit der Fachhochschule Graubünden ein Mittel, diesen Druck etwas zu reduzieren.

Nicht zu vergessen ist auch das Wertschöpfungspotenzial der Schule. Die Fachhochschule ist ziemlich stolz darauf verweisen zu können, dass sie aus einem Bündner Franken letztlich 4,30 Franken Wertschöpfung generiert. Dies aus Mitteln anderer Kantone, aus Mitteln des Bundes und aus Mitteln von Dritten. Es sind dann also Beiträge, die der Bund an die Kosten dieser Schule beiträgt, die sind tatsächlich aus Bern respektive von extern. Es sind das auch die Mittel der Kantone, die auswärtige Studierende nach Chur schicken können und diese Studierenden hier in Chur entsprechend mitfinanzieren. Diese Mittel kommen auch von auswärts. Es sind dann natürlich auch die Studiengebühren, die Kursgebühren, die hier eingenommen werden können und die gemäss Ermittlungen dieser Expertise der Fachhochschule eine Bruttowertschöpfung ergeben von rund 60 Millionen Franken jährlich, was ziemlich eindrücklich ist.

Ein wichtiges Thema für grosse Geschäfte im Rat ist immer auch die Frage. Wie wirkt sich eine Investition in eine Infrastruktur auf die Regionen aus? Ich wage zu behaupten, wenn wir die innerkantonale Sicht einmal in den Vordergrund stellen, dass die Fachhochschule Graubünden auch regionenfreundlich ist. Verschiedene Votanten haben darauf hingewiesen. Maya Messmer heisst sie heute, ich habe immer noch den ledigen Na-

men vor dem geistigen Auge, Maya Messmer hat darauf hingewiesen, Herr Collenberg hat darauf hingewiesen, andere haben darauf hingewiesen. Es gibt auch das Angebot, auch Herr Binkert hat darauf hingewiesen, das Studium in Teilzeitstruktur respektive das berufsbegleitende Studium. Das ermöglicht, die Fachhochschule Graubünden aus einer zweifachen Optik positiv zu beurteilen. Nämlich die junge Person, die in einer Region unseres Kantons wohnt, kann dort wohnen bleiben und dann relativ nahe in Chur ein teilzeitliches Studium absolvieren und in der Region wohnen bleiben. Es bedeutet aber natürlich auch aus der Sicht des Arbeitgebers, dass er diese Arbeitskräfte behalten kann. Sie sind nämlich dann die Mehrzeit in der Woche in Führungszeichen «Zuhause» im Betrieb und nur zwei Tage im Teilzeitstudium in Chur, und das ist von der Distanz her zu machen. Maya Messmer-Blumer hat gesagt, Chur sei noch halbwegs wie Zuhause. Und das ist letztlich auch ein Punkt, weshalb es für unsere Jugend sehr interessant ist, eine solche Fachhochschule in der Nähe zu haben, weil sie sich dann adäquat weiterbilden kann. Hingewiesen wurde auch auf Brain-Drain-Verluste von Arbeitskräften ins Unterland, Jürg Heini hat das als letzter auch nochmals erwähnt. Eine interessante Erkenntnis ist die: Wir haben im Studium knapp 20 Prozent einheimische Studentinnen und Studenten, das ist richtig. Wir haben nachher nicht alle einheimischen Studentinnen und Studenten, die als Fachkräfte auch bei uns bleiben. Aber wir haben von den anderen 80 Prozent, den Auswärtigen, die bei uns in Chur studieren, solche, die bleiben. Und so hat eine Expertise ergeben, dass zufälligerweise auch ungefähr ein Fünftel nach Abschluss des Studiums im Kanton Graubünden bleibt. Also selbst, wenn wir gewisse «Abgänge» in Führungs- und Schlusszeichen an Bündnerinnen und Bündnern ins Unterland haben, so haben wir eben auch Zugänge aus dem Mittelland. Und das ist natürlich mit Blick auf die Diskussion Fachkräftemangel eine sehr wichtige Erkenntnis und letztlich irgendwie der Beweis, dass es bei dieser Schule nicht nur um Ausbildung von Jugendlichen oder jungen Menschen geht, sondern eben auch um Stützung, Unterstützung der Wirtschaft.

Wenn wir diese Diskussion hier führen, dann führen wir sie natürlich vor dem Hintergrund, was passiert in einem Gebäude? Aber Sie haben ja heute eigentlich die Frage zu beantworten: Wollen wir die bauliche Infrastruktur anpassen und Geld dafür zur Verfügung stellen? Letztlich gibt es einen Bedarf, die bauliche Infrastruktur weiterzuentwickeln, sie anzupassen. Und die Regierung ist ganz fest dieser Überzeugung, dass das notwendig ist. Die Schule muss sich nicht nur fachlich weiterentwickeln können, sondern sie muss auch die entsprechende Infrastruktur haben, dazu gehört auch die bauliche Infrastruktur. Und mir hat das Votum von Grossrat Badrutt auch sehr gefallen, der eigentlich Bezug genommen hat auf die Campusidee. Wir wollen auch die Attraktivität, dort Studentin, Student zu sein, verbessern. Es soll eine Schule sein, die eine Attraktivität im klassischen Sinne des Wortes attraktiv ist, anziehend sein soll, wo man sich wohl fühlt, wo man gerne ist. Eine solche Schule soll das werden. Und es ist verschiedentlich darauf hingewiesen worden, dass das auch wichtig sein könnte, weil es letzt-

lich unter den Fachhochschulen auch Wettbewerb gibt. Es gibt einen kräftigen Wettbewerb, und dann ist es leider so, dass wir in der Peripherie, in der schweizerischen Peripherie, einfach nicht die gleich langen Waffen haben wie die zentral besser gelegenen Hauptstädte im Mittelland. Da müssen wir nicht jammern, sondern es ist eine Grundlage, eine Rahmenbedingung, mit der wir uns auseinandersetzen müssen und wo wir uns möglichst stark dafür einsetzen müssen, dass wir hier nicht Nachteile erleiden, die wir an sich beheben könnten. Und wir könnten sie zumindest teilweise beheben, wenn wir hier eben auch eine attraktive, eine baulich architektonisch, eine, sagen wir einmal in Anführungszeichen, halten Sie mir das nicht negativ vor, eine «Wohlfühloase» auch für die Fachhochschule kreieren. Es ist also notwendig, dass wir eine Infrastruktur haben, wo das Heutige, was heute angeboten wird, effizient, zeitgemäss angeboten werden kann.

Wir müssen uns aber auch auf die lange Frist ausrichten. Und so sind die Ziele des Projektes, einleitend hat Kommissionspräsident Roman Hug darauf hingewiesen, eigentlich ziemlich deutlich, allerdings auch ziemlich ambitioniert. Wir wollen ein Bildungszentrum haben, das ausstrahlt. Konkret: Man soll spüren, dass es eine Fachhochschule Graubünden gibt. Sie soll bildungspolitisch leistungsfähig sein, sie soll dies natürlich aber auch wirtschaftlich effizient erbringen können. Wir wollen einen Bildungsstandort haben, der für neue Lehr- und Lernformen steht und letztlich ein zeitgemässes, selbstorientiertes Lernen zulässt. Um dieses Ziel zu erreichen, mussten wir im Übrigen das Botschaftsprojekt im Vergleich zum Standort Botschaftsprojekt 2018 teilweise erheblich anpassen, weil es hier eben auch neue Erkenntnisse gegeben hat, dazu später. Wir wollen, dass ein Gebäude, und wir sprechen ja hier von einem Gebäude, nicht vom Inhalt der Schule, es soll auch das Gebäude architektonisch, städtebaulich eine wertvolle Qualität haben. Es soll eine Identität kreiert werden für ein ganzes Quartier. Wir wollen eine kostengünstige Betriebsführung ermöglichen, und wir wollen, last but not least, es ist verschiedentlich darauf hingewiesen worden, wir wollen auch eine Schule haben, die auch auf der ökologischen Seite nachhaltig ist, wenig graue Energie verbaut und im Betrieb dann auch wenig Energie benötigt. Wir als Regierung sind überzeugt, dass mit diesem Projekt diese Ziele erfüllt werden können. Es ist darauf hingewiesen worden, insbesondere auch von Kommissionspräsident Roman Hug, wo die Vorteile des Raumkonzeptes liegen, wie der Bau gestaltet ist. Für mich besonders eindrücklich auch, wenn Sie die Broschüren gesehen haben, wie das Tragwerk sich dieser Schule präsentiert. Das Tragwerk ist stark raumbildend. Es ist ein Tragwerk, das ästhetische Architektur vermittelt. Es ist ein Tragwerk, wo man sieht, dass auch Ingenieurskunst mit dabei ist. Es vermittelt auch ein bisschen Gebäudetechnikflair. Und natürlich vermittelt es auch dank dem Massivholz, das verbaut wird, eine ökologische Materialisierung.

Es ist darauf hingewiesen worden, dass das Bauwerk viel kostet. Keine Frage, mit 178 Millionen Franken ist es das kostenintensivste Hochbauprojekt des Kantons seit eh. Es toppt auch die Justizvollzugsanstalt in Cazis, die

bisher den Lead in diesem Punkt hatte. Wir haben das aber sorgfältig geplant. Es ist mit der Finanzverwaltung, dem Finanzdepartement immer mitberücksichtigt worden, wie dieses teure, kostenintensive Projekt in die Finanzplanung eingebettet werden kann. Im 2023-2028 ist das berücksichtigt, auch mit Blick auf die Erhöhung der Reserven. Die Frage ist noch ein bisschen die, und ich kann das gerne stehen lassen, was Sepp Föhn gesagt hat, dass irgendwie eine Teuerung nebulös entstanden sei zwischen der Standortbotschaft 2018 und dem Projekt, das wir Ihnen heute mit der Botschaft präsentieren. Es braucht allerdings ein bisschen Zeit, um das nachvollziehen zu können. Es gibt allerdings auch eine Seite in der Botschaft, ich weiss sie jetzt nicht auswendig, eine Tabelle, wo genau diese Zahlen einander gegenübergestellt werden. Ich möchte diese Tabelle natürlich nicht vorlesen, aber kongregiert Ihnen mündlich darstellen. Wir sind davon ausgegangen, dass wir Kosten von rund 126 Millionen Franken haben nach dem damaligen Kontext, wie er uns zur Verfügung gestanden ist. Und allein die Teuerung seit der Präsentation der Standortbotschaft macht satte 21 Millionen Franken aus. Das müssen Sie sich einmal auf der Zunge zergehen lassen, was die Teuerung letztlich ausmacht, und nur mit der Teuerung haben wir eigentlich nichts, ausser dass die Zahl grösser für die Investition wird. Dazu kommt dann noch die Zusammenlegung des Labors Fachhochschule. Ich habe das nicht richtig gesagt, 21 Millionen Franken ist nicht die Teuerung. Die Teuerung ist rund 16 Millionen Franken. 16 Millionen Franken sind rund die Teuerung. Dann kommen rund 4 Millionen Franken neu dazu für die Zusammenlegung des Labors Tiefbauamt und Fachhochschule Graubünden, das im ursprünglichen Projekt nicht drin war, aber natürlich Sinn macht. Und dann hat es für ungefähr 17 Millionen Franken Mehrleistungen drin. Und diese Mehrleistungen sind ganz unterschiedlich begründet, im Wesentlichen IT-bedingt, raumflächenbedingt. Ebenfalls sind sie erkennbar Mehrleistung im Vergleich zu dem, was man Ihnen im Standortbotschaftsprojekt 2018 nahegelegt hat. Es wird also transparent dargelegt, wie sich die Kosten entwickelt haben. Und das ist auch von der Kommission so diskutiert worden. Und insbesondere von der Kommissionsseite haben Sie diesbezüglich ja auch keine Kritik bekommen. Wenn es darum geht, den Reserveposten im Budget von 90 Millionen Franken neu um 60 Millionen Franken weiter zu erhöhen und dass dies nicht HRM2-konform sei, dann bitte ich Grossrat Föhn, dies mit der Finanzverwaltung zu diskutieren, die uns in diesem Punkt grünes Licht gegeben hat.

Baubeginn, wenn Sie zustimmen, wenn die Bevölkerung dann im März diesem Projekt auch zustimmen sollte, Baubeginn wäre Herbst 2024 und Inbetriebnahme wäre dann Ende 2027. Es wird also noch etwas dauern.

Ich komme auf die einzelnen Fragen, die gestellt worden sind, die ich summarisch beantworte respektive nur summarisch antippe. Es ist insbesondere die Frage auch der Mobilität respektive des Mobilitätskonzepts, der Parkplätze angesprochen worden. Hat es nicht zu viel Parkplätze? Könnte man dort ein bisschen ökologischer auf der Piste sein? Letztlich ist das eine wichtige Frage in der heutigen Zeit, weshalb die meisten grösseren

Betriebe auch ein betriebliches Mobilitätsmanagement haben, so auch der Kanton. Es ist auch eine Frage, mit der sich natürlich die Fachhochschule Graubünden auseinandergesetzt hat, auch gerade im Zusammenhang mit diesem Bauprojekt. Und da hat man zwischen gefühltem und zwischen dem, was Experten letztlich empfehlen, was auch die Rechtsvorschriften der Stadt Chur als Baubewilligungsinstanz vorgeben, natürlich immer Spielraum. Es ist aber von einem Experten, einer Firma, die auf Mobilitätsfragen spezialisiert ist, Hartmann Monsch, im Auftrag der Fachhochschule ermittelt worden, dass es zwei Szenarien gebe. Das eine Szenario wäre das, dass man extern noch via Vereinbarung Parkplätze für Fahrzeuge zugesprochen bekommt. Wenn man das tut, dann braucht man natürlich weniger eigene Parkplätze. Man geht von 50 Parkplätzen aus, und dass diese Partner für diese 50 Parkplätze die Stadt Chur sein solle. Die Stadt Chur hat diese Zahl irgendwie vorgegeben, weil sie sagt, praxismässig können wir allfällig 50 Parkplätze mit relativ einfachen Verfahren zusprechen. Wenn diese 50 Parkplätze zugesprochen würden von der Stadt zugunsten der Fachhochschule Graubünden, dann geht die Expertise davon aus, dass man ungefähr 140 Parkplätze benötigen würde. Wenn es keine solche Vereinbarung gäbe, dann sollte man sich vielleicht auf 170 Parkplätze fokussieren, im Mittel der Parkplatzverordnung und letztlich auch irgendwie im Mittel der Berechnungen, die das Fachbüro im Mobilitätskonzept Fachhochschule Graubünden ermittelt hat. Was sie dann aber auch sagen, ist, und das ist ganz wichtig, und das ist seit der Erstellung dieses Konzepts hinzugekommen, es wird dann auch ein Hinweis gemacht, dass auch die Stadt Chur gewisse Anstrengungen unternehmen sollte, um den Langsamverkehr zu verbessern, um den öffentlichen Verkehr zu verbessern. Und wir haben gestern gehört, dass das passiert. Die Stadt Chur hat in der generellen Erschliessungsplanung Langsamverkehrslinien gesetzt, die auch sehr wertvoll und unmittelbar die Fachhochschule Graubünden miteinbinden, sodass es gerechtfertigt ist, dort auch 500 Veloabstellplätze zu erstellen und dass die wohl auch genutzt werden. Es ist darauf hingewiesen worden von Sandra Maissen, Stadträtin, dass per 2026 auch zwei Linien, insbesondere die Linie 2, aber auch die Linie 6, direkt zu der Fachhochschule führen würden, und zwar in einem Zehn-Minuten-Takt. Das ist natürlich äusserst komfortabel. Es ist darauf hingewiesen worden, dass auch der Bahnhof Chur West ausgebaut und zudem sogar noch recht attraktiv wird. Mit diesen grossen Mitteln, die die Stadt Chur und auch die RhB und Weitere für den Ausbau von Chur West zur Verfügung stellen, sollte diese Attraktivitätssteigerung auch spielen. So kann man davon ausgehen, öffentlicher Verkehr, Langsamverkehr wird tatsächlich genutzt. Und so hat man, ich sage mal, den Entscheid getroffen, einmal 150 Parkplätze in der Garage zu erstellen. Die 150 sind im Übrigen identisch mit der Zahl, die man damals auch in der Standortbotschaft 2018 gewählt hat. Es ist darauf hingewiesen worden von Frau Stiffler, dass die verschiedenen Departemente und Fachstellen dann eng zusammenarbeiten sollen. Ich würde mal sagen, ich nehme das gern so auf und präzisiere, dass wir weiterhin eng zusammenarbeiten. Es ist ja die Aufgabenteilung in

der Regierung, dass für Infrastrukturprojekte das Infrastrukturdepartement im Lead ist und die Nutzerfachstellen und das Nutzerdepartement mitnimmt. Das wird auch hier so sein, selbstverständlich auch in der Realisierung bis zur Schlüsselübergabe. Bisher war das unkompliziert. Wir konnten allerdings natürlich auch die entsprechenden Kompetenzen einholen mit einer Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Graubünden selber. Damit habe ich geschlossen. Und ich bitte Sie auch, einzutreten und danke Ihnen dafür.

Standespräsident Caviezel: Gibt es nun noch weitere Wortmeldungen zum Eintreten? Dem ist nicht so, und damit stelle ich fest, dass Eintreten nicht bestritten ist und damit beschlossen.

Eintreten ist nicht bestritten und somit beschlossen.

Standespräsident Caviezel: Somit fahren wir weiter mit der Detailberatung, und zwar nach der Botschaft der Regierung auf Seite 283 und folgende. In Absprache mit dem Kommissionspräsidenten schlage ich Ihnen folgendes Vorgehen vor: Wir arbeiten die Botschaft Kapitel um Kapitel durch. Wenn Sie Fragen oder Bemerkungen zu einem Kapitel haben, können Sie sich jeweils dann zu Wort melden, wenn wir bei der Beratung dieses Kapitels sind. Sind Sie damit einverstanden? Gut. Dann beginnen wir mit I. Ausgangslage. Herr Kommissionspräsident?

Detailberatung

Hug; Kommissionspräsident: Bevor wir zu I. Ausgangslage kommen, bedanke ich mich für die äusserst breit gefächerte Eintretensdebatte und möchte aber noch zwei Punkte festhalten. Wie vermutlich alle Kommissionspräsidentinnen und -präsidenten vor mir bin auch ich kläglich daran gescheitert beim Versuch, etwas Struktur in die ganze Debatte zu bringen und dann die Kapitel so durchzuberaten. Aber nehmen wir uns die Zeit, die wir haben, für sämtliche kritischen Punkte und Einwände, die bereits in der Eintretensdebatte eingebracht wurden. Ich glaube, es ist entscheidend für dieses absolut zentrale Projekt, für die Zukunft dieses Kantons, dass wir uns diese Zeit nehmen, und dann aber auch zur Einsicht kommen oder die Antworten akzeptieren, die uns schlüssig von Regierung und Verwaltung auch in der Kommission so präsentiert wurden. Und ich möchte nochmals klar festhalten, dass, wenn wir heute eine Diskussion eröffnen, die irgendwie im Links/Rechts- oder Mitte-Schema geführt wird, dann werden wir nicht erfolgreich zum Ziel kommen. Wir haben gehört, dass verschiedene Punkte angetönt wurden. Mobilitätskonzepte sind wichtig, Kostenfragen werden gestellt, wir fordern wirtschaftliche Lehrgänge oder wirtschaftsnahe Lehrgänge. All das ist selbstverständlich. Wenn wir aber jetzt dann Standortdiskussionen führen werden oder irgendeinen Parkplatzbasar eröffnen, dann wird das schwierig, vor der Bevölkerung das Gesamtprojekt so zu vertreten. Und ich möchte wirklich an das Votum auch von Kollege Kappeler anschliessen. Behalten wir die Flughöhe, seien

wir kritisch, aber kritisch auf der richtigen Flughöhe, und dann werden wir gemeinsam Erfolg haben.

Zur Ausgangslage: Die Realisierung eines Fachhochschulzentrums in dieser Grössenordnung unter vorliegender Qualität ist für unseren Kanton aus verschiedenen Gründen von grosser Bedeutung. Ich fokussiere mich bei der Ausgangslage aber bewusst auf den Punkt des Fachkräftemangels. Die strukturellen Gegebenheiten des Kantons bewirken, dass die Bündner Wirtschaft bezüglich Leistungs- und Innovationsfähigkeit unter dem nationalen Durchschnitt liegt. Der Mangel an Fachkräften, insbesondere in den technischen Disziplinen, führt dazu, dass die Bündner Industrieunternehmen nicht wie erwünscht wachsen können. Die Bewältigung struktureller Schwächen des Bündner Tourismus ist anspruchsvoll. Die Wirtschaftskraft der Landwirtschaft stagniert leider und die zukünftige Ausrichtung der Bau- und Energiewirtschaft ist offen. In diesem wirtschaftlich anspruchsvollen Umfeld ist eine Fachhochschule, welche den Erhalt und die Zuwanderung von Talenten und Fachpersonen fördert, besonders wichtig. Sie bietet jungen Einheimischen und auswärtigen Menschen eine hochwertige Aus- und Weiterbildung mit bedeutenden beruflichen Perspektiven. Gleichzeitig hilft sie langfristig mit, die Wettbewerbsfähigkeit der Bündner Volkswirtschaft zu stärken. Ein Credo, welches in diesem Rat schon oft zitiert wurde, kann heute mit konkreter Politik gestärkt werden. Und was eben 1963 mit der Gründung des Abendtechnikums begann, könnte heute mit einem positiven Entscheid in die Zukunft geführt werden. Es geht dabei um zwei Kernpunkte: Bilden wir unsere einheimischen Jungen so aus, dass sie optimale Chancen im Bündner Arbeitsmarkt erhalten, und entwickeln wir wirtschaftsnahe Studiengänge, welche auswärtige Studierende in unseren Kanton ziehen. Das ist der Kernauftrag einer jeden Fachhochschule in einer Randregion. Dass diese Stossrichtung bereits heute verfolgt wird, zeigt die Tatsache auf, dass über 80 Prozent der Studierenden aus anderen Kantonen oder dem Ausland stammen.

Standespräsident Caviezel: Wünschen weitere Mitglieder der Vorberatungskommission das Wort? Gibt es Wortmeldungen aus dem Plenum? Herr Regierungsrat? Dann kommen wir zu II. Bedarf. 1. Gesamtbedarf der FHGR. Herr Kommissionspräsident?

Hug; Kommissionspräsident: Zum Gesamtbedarf: In vielen Voten des Eintretens wurde nun der Fachkräftemangel in unserem Kanton hervorgehoben, und in diesem Bereich ist der Bedarf klar ausgewiesen. Aus der erfolgreichen Weiterentwicklung des Lehr- und Weiterbildungsangebotes der letzten Jahre resultiert das Bedürfnis nach einem neuen Fachhochschulzentrum am Standort in der Kantonshauptstadt. Dies zeigt sich an den Studierendenzahlen der Bachelor- und Masterstudiengänge, welche auf den Seiten 296 und 297 der Botschaft dargestellt werden. Seit 2010 mit rund 1100 Studierenden hat sich die Anzahl bis im letzten Jahr mit 1972 Studierenden fast verdoppelt. Im gleichen Zeitraum hat sich auch die Forschungsaktivität der Hochschule stark weiterentwickelt, von einem Forschungsvolumen von

etwas über 3 Millionen Franken im Jahr 2010 bis hin zu über 11 Millionen Franken in den letzten Jahren. Die strategische Entwicklung der FHGR wird von deren Führungsgremien bestimmt. Gestützt auf das Gesetz über Hochschule und Forschung und unter Berücksichtigung der kantonalen Hochschul- und Forschungsstrategie vom Mai 2015 sowie der Innovationsstrategie vom April 2020 wurde diese Strategie geschärft und in der heutigen Form verabschiedet. Einheimische Industrie und das örtliche Gewerbe warten sehnlich auf wirtschaftsnahe Lehrgänge. Die Vision des Hochschulrates will diesem Anliegen nachkommen und hält dies bereits heute fest. Wir werden noch über viele Punkte auch inhaltlich kritisch debattieren, aber ich habe aus keinem bisherigen Votum herausgehört, dass der Bedarf infrage gestellt würde.

Standespräsident Caviezel: Wünschen weitere Mitglieder der Vorberatungskommission das Wort? Grossrat Mittner, Sie haben das Wort.

Mittner: Ich möchte einfach auf dem Thema Strategie noch ein, zwei Voten bringen. Einerseits ist für mich wichtig und zentral bei diesem Thema Fachkräftemangel, Mangel an Ressourcen usw., dass man diese bündelt und wirklich auch bestrebt und bereit ist, zusammenzuarbeiten mit ähnlichen Instituten wie ibW, vielleicht auch mal GRdigital, CSEM und Technopark usw. Das sind Themen, da muss man jetzt flexibel sein und da muss man auch bereit sein und die Berührungspunkte dürften hier nicht zu stark sein. Wir müssen für die Zukunft gewappnet sein.

Standespräsident Caviezel: Gibt es Wortmeldungen aus dem Plenum? Herr Regierungsrat? 2. Raumprogramm. Herr Kommissionspräsident?

Hug; Kommissionspräsident: Keine Ergänzung.

Standespräsident Caviezel: Weitere Mitglieder der Kommission? Wortmeldungen aus dem Plenum? Herr Regierungsrat? 3. Bedarf Baulabore FHGR und TBA. Herr Kommissionspräsident?

Hug; Kommissionspräsident: Keine Ergänzung.

Standespräsident Caviezel: Weitere Mitglieder der Kommission? Wortmeldungen aus dem Plenum? Herr Regierungsrat? 4. Bauliche Erneuerungen. Herr Kommissionspräsident?

Hug; Kommissionspräsident: Keine Ergänzung.

Standespräsident Caviezel: Weitere Mitglieder der Kommission? Wortmeldungen aus dem Plenum? Herr Regierungsrat? III. Betriebliche Aspekte. 1. Adressbildung. Herr Kommissionspräsident?

Hug; Kommissionspräsident: Keine Ergänzung.

Standespräsident Caviezel: Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Debatte? Herr Regierungsrat?

2. Konzentration der Nutzungen. Herr Kommissionspräsident?

Hug; Kommissionspräsident: Keine Ergänzung.

Standespräsident Caviezel: Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Debatte? Herr Regierungsrat? Auch nicht. 3. Nutzungen des FHZGR. Herr Kommissionspräsident?

Hug; Kommissionspräsident: Keine Ergänzung.

Standespräsident Caviezel: Weitere Mitglieder der Kommission? Herr Regierungsrat? IV. Projektierung. 1. Projektwettbewerb. Herr Kommissionspräsident?

Hug; Kommissionspräsident: Keine Ergänzung.

Standespräsident Caviezel: Weitere Mitglieder der Kommission? Grossrat Mittner, Sie haben das Wort.

Mittner: Ich habe das bereits in meinem Eintretensvotum festgehalten zur Projektierung. Der Projektwettbewerb hat ja acht Projekte hervorgebracht respektive juriert, und zu diesen Projekten möchte ich doch nochmals festhalten: Die Verbindung zwischen den Gebäuden 68 und 57 war bei diesen Projekten vorgesehen, war aus meiner Sicht sinnvoll und auch richtig. Und jetzt, aus irgendwelchen Gründen, wird diese Verbindung nicht mehr vollzogen. Vielleicht wartet man auf die Erstellung des P57, ich weiss auch nicht, aber ich finde das schlecht. Ich möchte das doch diskutiert haben. Es geht ja da auch um Verkehrssicherheit und alle anderen Aspekte. Wie kommen die Studierenden zwischen diesen Gebäuden hin und her und wo ist hier die Sicherheit? Das ist mir nicht ganz klar, ist nicht geklärt. Bitte um Antwort vom Herrn Regierungsrat.

Standespräsident Caviezel: Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Plenum? Herr Regierungsrat? Moment, Herr Regierungsrat, Entschuldigung. Es ist noch eine Wortmeldung eingegangen, und ich gebe Grossrat Hohl das Wort. Aber ich möchte Sie doch bitten, drücken Sie ein wenig früher, bevor ich dann jeweils das Wort erteile. Grossrat Hohl, Sie können jetzt sprechen.

Hohl: Ich habe versucht, spontan zu sein, daher entschuldigen Sie die Verzögerung. Ich möchte einfach Ratskollege Mittner in seinen Ausführungen nochmals unterstützen. Ich denke, wir sprechen hier von der Rossbodenstrasse, die sehr aktiv auch befahren wird. Und wir haben jetzt in Chur die Situation von zwei Schulhäusern, das Herold-Schulhaus und das neue Schulhaus Fortuna auf dem Areal des ehemaligen Sportplatzes Ringstrass, dort gibt es jetzt eine Strassenunterführung. Das ist sicher die teurere Variante. Ich denke, zumindest eine Passerelle wäre hier durchaus angebracht gewesen, und ich verstehe nicht, warum dies allenfalls auch von der Stadt Chur hier so ungleich behandelt wird.

Standespräsident Caviezel: Gibt es nun noch weitere Wortmeldungen? Dies scheint wirklich nicht der Fall zu sein. Dann, Herr Regierungsrat.

Regierungsrat Cavigelli: Danke für das Wort. Danke Grossrat Mittner auch für die Nachsicht. Sie haben diese Frage ja eigentlich schon im Eintreten gestellt gehabt. Ich habe sie nicht absichtlich übergangen. Die Frage der Passerelle. Tatsächlich hat eine Passerelle natürlich einen erheblichen Reiz, weil man zwei relativ grosse Bereiche eines Campus miteinander verbinden kann. Nicht überraschend haben die Projektanten im Wettbewerb solche Ideen dann auch präsentiert gehabt. Wir mussten allerdings feststellen, dass die Stadt Chur eine Passerelle, die einen, ich sage mal anständigen, angemessenen Nutzen garantiert, nicht zulässt. Und zwar, weil sie sagt, dass die Überführung allfällig nur eingeschossig über eine Strasse führen dürfe, und dass dieser Raum, der über die Strasse führe, dann nicht in Anführungszeichen «anders genutzt werden darf», als nur, um zu laufen und somit, dass letztlich die Schlussfolgerung daraus ist, dass die Stadt dafürhält, dass die Strasse eben keine Bauzone sei. Ich glaube, damit werden wir in irgendeiner Form mal mindestens vorläufig leben müssen. Es ist, sagen wir mal, eine Einschränkung für die Kreativität, die uns hier begegnet. Es ist sicherlich nicht die einzige, und man muss diese so hinnehmen. Aber entscheidend ist, was man dann aus dieser Erkenntnis macht, und es ist schon darauf hingewiesen worden in meinem Votum gerade eben aber auch von Stadträtin und Grossrätin Sandra Maissen, dass es dort dann eine Verkehrsberuhigung geben wird. Es wird eine Tempo-30-Zone geben. Es wird eine räumliche Gestaltung beider Strassenseiten geben. Es wird eine Ambiance geschaffen, die es ermöglicht, sich nicht eingeschränkt zu fühlen, dass es dort eine Strasse hat, und die Attraktivität der Pulvermühlstrasse als Transitachse oder als Transitstrasse sollte dadurch wesentlich eingeschränkt werden. Was man auch wissen sollte, so die Fachhochschule Graubünden, dass es nicht der Fall sei, dass man da von Zimmer zu Zimmer den Unterricht verfolgen müsse, und dann von einem Gebäude in das andere Gebäude transferieren müsse, das sei nicht das Schulkonzept. Insofern sei es gut möglich, mit dieser Einschränkung letztlich zu leben, dass man keine Passerelle hat. Gut zu wissen ist einfach, dass man das jetzt schon weiss, und dass man somit alle planerischen Themen rundherum auch schon andenken kann und in der Realisierung dann, im Wissen, dass man von der Stadt unterstützt wird, auch eine gute Lösung findet.

Standespräsident Caviezel: Grossrat Kappeler, ich erteile Ihnen das Wort.

Kappeler: Haben Sie Verständnis, dass ich nach dem Regierungsrat noch kurz spreche, aber ich möchte Kollege Hohl eine Antwort geben zum Votum bezüglich Ungleichbehandlung des Schulhauses Fortuna respektive Fachhochschulzentrum. Das von der Stadt akzeptierte Projekt zum Schulhaus Fortuna an der Ringstrasse sah weder eine Unterführung noch eine Überführung vor. Und wir haben im Gemeinderat dann relativ spontan, auf

Ersuchen, auf Intervention der FDP-Fraktion, einfach eine Unterführung noch dazugefügt. Die Stadt Chur hat also hier keine Ungleichbehandlung gemacht, sondern es war das Parlament, das das so gefordert hat.

Standespräsident Caviezel: Damit kommen wir zu 2. Projekt. Herr Kommissionspräsident?

Hug; Kommissionspräsident: Keine Ergänzung.

Standespräsident Caviezel: Weitere Mitglieder der Kommission? Grossrat Kreiliger, Sie haben das Wort.

Kreiliger: Bitte entschuldigen Sie, dass ich so rasch gedrückt habe. Die Absicht, dass im Bau der neuen Fachhochschule einheimisches Holz verwendet werden soll, ist zeitgemäss und zukunftsorientiert in einem, da hat Grossrat Kenneth Danuser eingangs die Begründung geliefert, kurz und umfassend. Leider zeigt die Erfahrung aber immer noch, dass das Verbauen von Holz aus einheimischen Wäldern in der Realität nicht ganz so einfach ist, wie die Absicht oder das Ziel. Der Weg aus dem Gemeindewald zur Säge über die Trocknung über die Pläne der Architekten über die Ausschreibungen bis zum Balken oder Täfer in den Räumen wird nur allzu oft zugunsten anderer Baustoffe oder zugunsten von Importholz abgekürzt. Der Weg wäre zwar kurz und logisch, aber das Bewusstsein und das Know-how dafür fehlen oft. Die Verwendung von Holz mit dem weitgefassten FSC Label oder von generell Schweizer Holz ist dann meistens das höchste der Glücksgefühle. Bei der vorbereitenden Diskussion in der SP- und Grünen-Fraktion habe ich bemerkt, dass hier eine grosse Bereitschaft da ist, auf das Anliegen auch bei der Umsetzung, nicht nur bei der Absicht, zu achten. Das in der Botschaft angesprochene Bündner Holz muss im walddreichen Kanton Graubünden in der zukunftsweisenden, zu unterstützenden neuen Fachhochschule realisiert werden, als wichtigster innovativer Bestandteil der natürlichen Baustoffe, wie sie Kommissionspräsident Hug eingangs genannt hat. Dazu gehört aber zum Beispiel auch Mohair, Haare bei den Teppichen oder Schafwolle bei der Isolation usw. Es ist also richtig, dass diese Bereitschaft in der Botschaft steht. Noch wichtiger aber ist es, dass dieser Aspekt in jedem weiteren Projektschritt im Pflichtenheft steht bis zur Realisierung. Wir wollen natürlich die neue Fachhochschule, und wir wollen sie in möglichst vielen Bestandteilen aus Bündner Holz. Und wir werden darauf achten. Jau engrazieli per l'attenziun.

Standespräsident Caviezel: Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Plenum? Herr Regierungsrat. 3. Termine. Herr Kommissionspräsident?

Hug; Kommissionspräsident: Im Bereich der Termine hätte ich eine kleine Ergänzung, die auch in der Kommission so besprochen wurde. Und zwar sehen Sie in der Botschaft unter dem Kapitel der Termine, wie ambitioniert das ganze aufgegleist wird. Die Eckwerte sind der Baubeginn im Herbst 2024 und die Inbetriebnahme dann im Jahre 2029, also konkret fünf Jahre Bauzeit für dieses ambitionierte Bauprojekt. Und da möchte ich klar fest-

halten, dass das Hochbauamt in aller Härte von uns als Rat in die Pflicht genommen wird, was die Kostenentwicklung betrifft. Das wissen Sie auch, und ich traue es Ihnen auch absolut zu, dass sie in diesem Kostenrahmen abschliessen werden. Bezüglich der Termine bin ich persönlich der Meinung, dass man sie nicht zu fest unter Druck setzen soll, was die Bauplanung und später auch die Ausführungsplanung betrifft. Denn es wird für das Gewerbe dieses Kantons von grosser Bedeutung sein, dass nicht zu schnell gebaut wird, dass möglichst kleine Lose vergeben werden, damit die einheimische Wirtschaft möglichst am Bau auch davon partizipieren kann. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen alles Gute und viel Erfolg bei der Einhaltung der Kosten. Wenn Sie ein halbes Jahr später eröffnen würden, ich glaube, es wäre vom einheimischen Gewerbe niemand so traurig darüber, denn die Partizipation des einheimischen Gewerbes steht da über dem hehren Ziel der Inbetriebnahme im 2029.

Standespräsident Caviezel: Gibt es weitere Wortmeldungen seitens der Mitglieder der Vorberatungskommission? Gibt es Wortmeldungen aus dem Plenum? Herr Regierungsrat? Dann sind wir bei V. Kostenberechnung und Finanzierung. 1. Finanzplan. Herr Kommissionspräsident?

Hug; Kommissionspräsident: Keine Ergänzung.

Standespräsident Caviezel: Weitere Mitglieder der Vorberatungskommission? Grossrat Mittner, Sie haben das Wort.

Mittner: Wir haben ja auf Seite 316 die ganze Kostensummenstellung, den Vergleich zwischen den Kosten, die man berechnet hat 2018, und den heutigen Kosten. Und ich habe das schon gestern gesagt, wir können das natürlich relativ schwierig abschätzen, sind die gerechtfertigt, wie viele Reserven sind drin, was könnte man hier noch einsparen. Da es schwierig ist, dies zu beurteilen und auch mit den Fachleuten nicht eine Lösung gefunden werden kann, kann aber gesagt werden, das habe ich auch schon gestern gesagt, es ist, und das sage ich jetzt allen Ernstes, 178 Millionen Franken sind alles, was hier ausgegeben werden, sollen, müssen, dürfen. Und das ist, ich kenne das, ich bin in verschiedenen Baukommissionen, das ist möglich. Und das ist mit der nötigen Planung und Vorgaben machbar. Und ich bin dafür, und ich sage es, ich weiss auch nicht, ob wir den Antrag stellen sollen, aber nein, das kann man nicht, aber ich sage, diese plus/minus 20 Prozent Reserve, ich sage, minus 20 Prozent, aber nicht plus 20 Prozent, nur, dass das ganz klar dem Kanton und dem zuständigen Architekten rüberkommt. Und entsprechend möchte ich auch, erwarte ich auch, dass die nötige Transparenz während dem Bau vorhanden ist.

Standespräsident Caviezel: Gibt es Wortmeldungen aus dem Plenum? Grossrat Föhn, Sie haben das Wort.

Föhn: In meinem Votum habe ich auch diese plus/minus 20 Prozent, die 178 Millionen Franken plus/minus 20 Prozent gerügt, und zwar, dass das nachher eben die

ungefähr 210 Millionen Franken ausmachen. Aber wie ich Sie verstanden habe, Regierungsrat Cavigelli, kommen nicht mehr die plus/minus 20 Prozent dazu, sondern die oberste Grenze sind die 178 Millionen Franken. Das hätte ich gerne von Ihnen noch bestätigt.

Oesch: Die Kosten sind auf jeden Fall ein wichtiger Punkt bei diesem Projekt. Grossrat Hug hat vorhin aber auch noch etwas Weiteres betont, nämlich, dass dieses Projekt auch wichtig ist für unsere lokale Wirtschaft. Das heisst, wenn es darum geht, wem Arbeiten vergeben werden, bin ich dezidiert der Meinung, dass wir das einheimische Gewerbe berücksichtigen sollten. Es darf nicht nur der Preis entscheidend sein, weil sonst irgendwelche Handwerker, ich will jetzt nicht despektierlich sein, von Hinterindien oder so kommen. Aber wir möchten gerne unsere Bündner Handwerker hier auf dem Campus haben. Und die sollen von unseren Steuergeldern profitieren können.

Berweger: Als Ergänzung zu den Voten von Grossrat Hug und Grossrat Mittner bezüglich der Kosten ist die klare Erwartungshaltung der FDP-Fraktion, dass diese Investitionskosten von 178 Millionen Franken als Kostendach verstanden werden müssen. Mit einem strengen Kostencontrolling muss diese Vorgabe laufend überprüft und bei Abweichung entsprechende Einsparungen gemacht werden. Bei einem Projekt dieser Grössenordnung sind in der Regel auch Einsparungen durchaus machbar, ohne an der Qualität Abstriche machen zu müssen.

Hug; Kommissionspräsident: Ja, ich habe mich insofern mit «keine Ergänzungen» geäussert, indem ich davon ausging, dass wir zum Finanzplan sprechen. Wenn wir jetzt etwas weiter sind, ist das auch kein Problem. Sie sehen im Bereich der Investitionskosten die Zusammenstellung am besten auf der Seite 316 der Botschaft zusammengefasst, und dort wird auch Punkt für Punkt erklärt, weshalb die oder wie die Differenz zwischen der Botschaft aus dem Jahre 2018 und der heutigen Botschaft entstanden ist. Genau diese Fragen wurden detailliert in der Kommission besprochen, und es ist entscheidend, dass zu drei Zahlen noch Ergänzungen gemacht werden. Nämlich zum ersten Punkt, der Teuerung, wir haben es bereits gehört vom zuständigen Regierungsrat, wir sprechen von 16 Millionen Franken Teuerung, die berücksichtigt wurden. Ich finde das transparent und sehr wichtig. Wir hatten auch schon andere Botschaften, bei denen diesem Punkt nicht so sehr Gewicht beigemessen wurde. Dann haben wir die Zahl 12,7 Millionen Franken projektbedingte Mehrflächen, Wettbewerbsprojekt und Projektentwicklung. Auch da hatten Sie bereits Ergänzungen des Regierungsrats gehört, unter anderem beispielsweise rund 4 Millionen Franken, die aufgewendet werden für diese Verbindung unterirdisch im Bereich des heutigen Gebäudes zum neuen Bau, der dort über die Strasse entstehen soll. Und zu guter Letzt der letzte Punkt, Baukosten plus Landwert plus/minus 20 Prozent inklusiv Reserve, Komma, gerundet. Dieser Punkt ist ganz entscheidend. So werden Baukostenpläne der Architekten präsentiert. Sie kennen das. Aber meine Vorredner haben es bereits erwähnt, wir sprechen hier nicht

von plus 20 Prozent. Das kommt auf keinen Fall infrage, wird so als Kostendach jetzt definiert, und deshalb ist die Zahl von über 200 Millionen Franken, die auch bereits erwähnt wurde, die ist grundfalsch, sondern wir sprechen uns heute aus in den Anträgen für einen Nettokredit von 151 Millionen Franken, keinen Franken mehr. Und darin ist eben diese Kostenzusammenstellung enthalten, die Teuerung ist enthalten und sämtliche Mehrkosten, die anfallen sollten, müssen irgendwie in diesem Projekt bereinigt werden. Ich glaube, da sind wir uns alle einig, das ist uns wichtig, und das hat auch das Hochbauamt klar so verstanden. In diesem Sinne erachte ich die Kostentransparenz auf Seite 316 als gegeben. Uns als Kommission wurde sie übersichtlich dargestellt, und in diesem Sinne wären das unsere Ergänzungen innerhalb der Investitionskosten.

Kappeler: Ich wollte eigentlich zum vorherigen Punkt noch etwas sagen. Sie haben mich einfach übersehen. Ich bin halt links von Ihnen. *Heiterkeit.* Okay, ganz kurz zur Erwartung der Auftragsvergabe ans örtliche, ans regionale Gewerbe. Also wir unterstehen bei diesem Betrag natürlich ganz klar den Spielregeln von GATT/WTO und wir können nur im Rahmen der Bagatellklausel 20 Prozent im Rahmen der IVöB abwickeln. Das muss man einfach zur Kenntnis nehmen. Aber wichtig ist, dass die Ausschreibungen, und das wurde ja mehrfach bestätigt, wirklich so gestaltet werden, dass eben die Chancen bei den Eignungs- und Zuschlagskriterien wirklich so gross sind, dass die Wahrscheinlichkeit wirklich riesig ist für das lokale Gewerbe. Aber grundsätzlich geht es natürlich nicht, für Aufträge für 10 Millionen Franken oder 100 Millionen Franken nur quasi das einheimische Gewerbe einzuladen und dann entsprechend zu vergeben.

Bischof: Ich möchte nochmals auf das Votum von Grossrätin Oesch Bezug nehmen. Ich gehe ja mit ihren Ansichten in vielen Dingen absolut überein und ich bin auch ganz klar der Meinung, dass wir das lokale Gewerbe priorisieren müssen bei der Vergabe. Es ist aber einfach so, unsere Handwerker und Handwerkerinnen sind qualitativ so hochstehend, dass sie einfach auch einen hohen Preis haben und diesen hohen Preis auch verdienen. Und es geht jetzt nicht darum, ob sie dann einen Handwerker oder eine Handwerkerin auch noch mit Migrationshintergrund in ihrem Betrieb haben. Wenn diese hier ihr Handwerk lernen, dann sind sie top ausgebildete Handwerkerinnen, und unser Problem ist einfach, dass wir auch sehr hohe Kosten haben, dass alle einen guten Lohn brauchen. Und das Problem ist mehr, dass, wenn Sie dann die Vergabe ins Ausland, z. B. nach Österreich oder Deutschland geben, dann haben Sie dann vielleicht billigere Arbeitskräfte. Also, das lokale Gewerbe ist klar prioritär zu begünstigen. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

Standespräsident Caviezel: Also ich möchte Sie einfach noch einmal daran erinnern, wo wir sind. Wir sind bei V. 1. Finanzplan, und dazu erteile ich jetzt dem Herrn Regierungsrat das Wort.

Regierungsrat Cavigelli: Ich danke für das Wort. Es ist die Frage aufgeworfen worden, ist da noch Luft drin bei 178 Millionen Franken oder beim Nettobetrag, nach oben, weil in der Darstellung auf der Seite 316 plus/minus 20 Prozent steht. Ich kann es Ihnen versichern, dass das nicht der Fall ist, und Sepp Föhn in dem Sinne bestätigen, dass für uns aus finanzrechtlicher Überlegung, nicht aus einer planerischen Überlegung, aus Usanz bei privaten Bautätigkeiten, da noch eine Spanne nach oben und nach unten drin ist, sondern für uns ist aus finanzrechtlichen Überlegungen dieser Betrag, 178 Millionen Franken, das Kostendach. Es ist auch richtig, dass, wenn man grosse Summen verbauen darf, dass man letztlich schon die Möglichkeit hat, ein bisschen Design to Cost zu machen. Das müssen wir geübt jedes Mal bei grösseren Bauprojekten tun, weil dann kommt auch während der Planung, der Detailplanung das eine oder andere Anliegen noch auf, und es ist dann vielfach nicht ganz unberechtigt, hat dann aber vielleicht nicht mehr Platz. Und letztlich ist es unser Auftrag, mit maximal brutto 178 Millionen Franken abzuschliessen. Sonst hätten wir ein finanzrechtliches Nachtragskreditverfahren zu lancieren, und Sie sind sich dessen ja nicht gewohnt. Das wollen wir nicht, und das werden wir auch hier mit aller Kraft zu vermeiden versuchen.

Wenn wir hier noch davon sprechen, ob einheimisches Gewerbe zum Zuge kommt oder nicht: Es ist natürlich mein persönlicher, aber auch der Wunsch der Regierung, dass das möglichst der Fall ist. Und wir haben auch angedeutet in der Botschaft, mindestens im Rahmen der Vorberatung der Botschaft in der Kommission, dass wir zwar, wie Grossrat Kappeler zu Recht sagt, GATT/WTO-Vorgaben haben, somit auch die 20 Prozent Bagatellklausel nur bedienen dürfen und uns letztlich natürlich auch hier ans Recht halten wollen, aber wir haben Gestaltungsmöglichkeiten, indem wir Lose bilden, indem wir AGs zulassen, indem wir, wie Roman Hug, Präsident der Kommission, auch darauf hingewiesen hat, vielleicht mit gewissen Terminen noch etwas Luft einbauen können. Jedenfalls ist es unser Anliegen, diese Mittel, die wir hier investieren dürfen, auch der einheimischen Volkswirtschaft zugutekommen zu lassen. Ich kann dieses Commitment nur einmal mehr abgeben. Ich hoffe, dass es dann schlussendlich auch gelingt. Die Prognose wird allerdings die sein, dass es nicht überall gelingt, aber ich hoffe, dass es maximal möglich gelingt.

Standespräsident Caviezel: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Auch Grossrat Kappeler habe ich nicht übersehen zu meiner Linken. *Heiterkeit.* Somit kommen wir jetzt zu 2. Investitions-, Betriebs- und Nutzungskosten. Herr Kommissionspräsident?

Hug; Kommissionspräsident: Keine Ergänzungen.

Standespräsident Caviezel: Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Debatte? Herr Regierungsrat? 3. Wirtschaftlichkeit. Herr Kommissionspräsident?

Hug; Kommissionspräsident: Keine Ergänzungen.

Standespräsident Caviezel: Weitere Mitglieder der Kommission? Grossrat Bavier, Sie haben das Wort.

Bavier: Es wurde sehr oft hier jetzt von der Innovationskraft, von der Wirtschaftlichkeit und eben auch von der Wertschöpfung gesprochen. Ich konnte in unserem Nachbarland Liechtenstein beobachten, wie in relativ kurzer Zeit sich eine sehr gute Fachhochschule zu einer Hochschule und zu einer Universität gemausert hat. Das heisst, durch verschiedene Spin-Offs wurde natürlich auch die Wertschöpfung des Landes sehr stark gestärkt. Oder ich muss so sagen, diese Spin-Offs sind sehr oft eben gekoppelt auch mit den Instituten. Ich denke gerade ein Institut für Entrepreneurship, das sehr gut funktioniert. Regierungsrat Cavigelli hat die verschiedenen Fachrichtungen, die vorgesehenen Fachrichtungen aufgezählt, zwei davon, die noch nicht realisiert sind. Mich würde interessieren: Welche Institute sind dann vorgesehen und wie sieht hier etwa die prognostizierte Wertschöpfung aus?

Standespräsident Caviezel: Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Plenum? Dem ist nicht so. Dann erteile ich das Wort Herrn Regierungsrat.

Regierungsrat Cavigelli: Ich muss leider eingestehen, Grossrat Bavier, dass ich das Dossier dann schulseitig nicht so gut kenne. Allerdings ist mir bekannt, dass eben das Profilbild 4, Life Science, zukünftig bald, sagen wir, online geht, und dass man sich dort im Fachbereich Gesundheit somit als Ausbildungsstätte präsentieren kann. Auch ist mir bekannt, dass man eine Sonderprofessur hat im Profilbild Computational Science, dass man dort offenbar schon seit 2019 recht erfolgreich unterwegs ist. Mit welchen Auswirkungen oder vor allem auch Aussenwirkungen dies geschieht, kann ich im Moment nicht beurteilen. Vielleicht müssen wir diese Frage einmal auch zurücknehmen und dann insbesondere auch der Fachhochschule zuspiesen, weil wir letztlich ja doch eigentlich nur Leistungsauftragsgeber und Aufsichtsinstanz sind. Auch gilt das natürlich für das zuständige Erziehungs-, Kultur- und Umweltschutzdepartement, und insofern würde ich diese Frage gerne einmal aufnehmen. Allerdings haben wir dieses Thema von Spin-Offs oder die Weiterentwicklung von hochschulischer Tätigkeit im Interesse von Jungunternehmern, haben wir auch einmal diskutiert gehabt. Und wenn ich mich recht erinnere, war das auch im Zusammenhang mit der Standortbotschaft 2018 der Fall, wo wir uns gefragt haben, ob wir dafür zusätzliche Flächen reservieren wollen, ob wir die vielleicht sogar dann auch nutzen wollen und entsprechende Infrastruktur zur Verfügung stellen wollen. Es war nicht zuletzt auch ein erhebliches Anliegen der Stadt Chur. Wir haben uns damals dann auf den Standpunkt gestellt, dass wir das eine nach dem andern tun. Allerdings sind Baulandreserven für eine solche Tätigkeit, für ein solches Betätigungsfeld in der Nähe des heute geplanten Campus zur Verfügung. Es ist dies also möglich. Die Frage hat sich damals allerdings auch gestellt, wenn ich mich recht erinnere, sollten Spin-Offs tatsächlich räumlich hochschulnah angesiedelt sein oder sollten sie ausgelagert sein bei den, sagen wir mal,

interessierten Unternehmen. Soll also vielleicht Würth etwas haben, Hamilton etwas haben, Ems-Chemie etwas haben, das CSEM etwas haben oder sollen die für sich genommen, auch wenn sie untereinander wenig zu tun haben vom Fachbereich her, zusammengezogen werden, weil sie vielleicht in Ablauforganisation, Aufbauorganisation ähnliche Themen haben und somit ähnliche Herausforderungen haben? Ich glaube, diese Frage ist einfach einmal noch offen, aber sie ist präsent.

Standespräsident Caviezel: 4. Eigentumsübertragung an die FHGR. Herr Kommissionspräsident?

Hug; Kommissionspräsident: Keine Ergänzungen.

Standespräsident Caviezel: Weitere Mitglieder der Kommission? Grossrat Mittner.

Mittner: Nur kurz hier eine Anmerkung: Das Baurecht gegenüber der Stadt Chur ist ja auf 60 Jahre festgelegt. Können Sie da etwas dazu sagen, wieso 60 und nicht 100 Jahre? Und vielleicht noch bei dieser Übertragung des Gebäudes an die öffentliche Anstalt. Zwei Seiten vorher sehen wir diese jährlichen Betriebskosten. Werden die jetzt direkt vom Kanton bezahlt, oder wird das die Fachhochschule dann zahlen, oder gibt es einfach einen Fixbetrag, der überwiesen wird immer der Fachhochschule? Wie läuft das ab?

Standespräsident Caviezel: Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Plenum? Dem ist nicht so. Dann erteile ich Regierungsrat Cavigelli das Wort.

Regierungsrat Cavigelli: Das sind zwei Fragen. Die erste Frage Baurecht: Wir haben tatsächlich jetzt einen Baurechtsvertrag abgeschlossen mit grundsätzlicher Laufdauer von 60 Jahren. Es ist auch richtig, dass man ein Baurecht nach Zivilgesetzbuch maximal 100 Jahre abschliessen kann. Wir haben aber im Baurechtsvertrag auch vorgesehen, dass wir zwei Mal eine einseitige Option geltend machen können, um eine Verlängerung von je 20 Jahren zu bekommen, somit wir die 100-jährige Frist tatsächlich auch anstreben können und zwar auch aus eigener Überzeugung, aus einem eigenen Bedürfnis. Wir haben uns jetzt in erster Linie einmal auf 60 Jahre fixiert, weil wir darin, ich sage mal so, knapp zwei Erneuerungszyklen sehen, 30, 40 Jahre vielleicht als ein erster Zyklus, der dann abgeschlossen wird, und dann 60 Jahre, dann eben der zweite. Und somit kann man sich Gedanken machen, ob wir da immer noch richtig aufgestellt sind, ja oder nein, und wir haben es in der Hand, eben zu verlängern, wenn wir möchten. Insofern denke ich, ist es für uns eine gute Lösung als Kanton. Von Seiten der Stadt, der Baurechtsgeberin, ist es allerdings auch eine recht grosszügige Option. Die Frage, die sich ja dann auch immer stellt, ist die: Wie gehen die Liegenschaften und Gebäulichkeiten über, wenn das Baurecht endet? Und auch hier haben wir eine Lösung gefunden, die letztlich recht fair ist und die der Grosszügigkeit mit Blick auf die Baurechtsdauer, ich sage mal, das Korrelat kompensationshalber gibt. Man hat gesagt, dass es der Marktwert zu 50 Prozent ist, der dann entschädigt wer-

den muss bei der Rückgabe des Baurechts, entschädigt durch die Stadt.

Dann die Betriebskosten: Ja, die baulichen Betriebskosten wie die übrigen Betriebskosten, die sind letztlich von der Fachhochschule zu übernehmen. Es ist die Fachhochschule, die die Gebäude ins Volleigentum übertragen bekommt, die letztlich mit diesem Eigentum dann auch verantwortlich umgehen muss, somit auch den entsprechenden Unterhalt, vielleicht auch Erweiterungs- oder andere Investitionen tätigen muss an ihrem Eigentum, letztlich somit in ihrer Rechnung dann auch Kosten hat. Diese Kosten kann sie selber nicht einfahren, das ist ja klar. Sie braucht Beiträge. Diese Beiträge kämen dann aus dem Staatsbudget, also konkret über eine Bewilligung dieses Rates, der Fachhochschule Graubünden zugute. Ein Steuerungsinstrument, ein wesentliches, ist dabei natürlich auch der Leistungsauftrag.

Standespräsident Caviezel: 5. Finanzierung. Herr Kommissionspräsident?

Hug; Kommissionspräsident: Zu diesem Punkt hätte ich eine kleine Ergänzung, die mir wichtig erscheint in Bezug auf die Überzeugung unserer Bevölkerung von dieser Vorlage. Und zwar spreche ich alle Regionsvertreterinnen und -vertreter an, zu denen ich mich selber auch zähle. Es geht um die Frage: Was ist eigentlich der Standortbeitrag von Chur? Es wurde gestern kurz ange-tönt von der zuständigen Stadträtin, was von Chur geleistet wird. Sie leisten viele Dinge. Im Wesentlichen möchte ich zwei Punkte herauschälen. Es geht einerseits um die Finanzierung der Umleitung des Mühlbachs, eine teure Angelegenheit mit sämtlichen Auflagen. Das wird sicher eine schöne siebenstellige Summe kosten. Und der zweite Punkt, es wurde ein Baurechtsvertrag abgeschlossen über diese rund 13 650 Quadratmeter, die benötigt werden, zu acht Franken pro Quadratmeter pro Jahr. Das ist eine sehr tiefe Zahl. Der Marktwert liegt mindestens 50 Prozent höher, und wenn Sie das dann rekapitulieren, dann kommen Sie auf eine Summe von jährlich mindestens 110 000 Franken, die der Stadtkasse so entgehen, oder anders formuliert, positiv formuliert, das wäre dann auch als Standortbeitrag der Stadt zu betrachten. In diesem Sinne würde ich Ihnen das mitgeben. Erklären Sie das Ihrer Bevölkerung, wenn kritische Fragen auftauchen. Ich werde das so in Says erklären, und dann wird das die Bevölkerung, glaube ich, verstehen, was der Standortbeitrag der Stadt Chur ist. Ich bin ja selber oder stehe selber nicht im Verdacht, dass ich da zu Chur unkritisch sei, aber ich meine, Chur hat da auch etwas Wesentliches dazu geleistet, dass diese Fachhochschule dort entstehen kann.

Standespräsident Caviezel: Weitere Mitglieder der Vorberatungskommission? Grossrat Mittner, Sie haben das Wort.

Mittner: Ich habe diese Frage bereits gestern gestellt. Ich möchte sie dann nochmals stellen. Und zwar geht es um diesen Bundesbeitrag. Der Bundesbeitrag wird hier in der Botschaft mit 27 Millionen Franken festgehalten. In der Botschaft von 2018 hat man geschrieben, 24 Prozent

der Baukosten, und 24 Prozent der Baukosten waren dazumal eben 30 Millionen Franken. Und wenn wir jetzt hier rechnen mit diesen Baukosten, dann kommen wir auf 42 Millionen Franken bei 24 Prozent. Und jetzt, wenn ich so ausrechne, kommen wir vielleicht noch auf 15 Prozent. Wo ist denn das Problem, oder ist der Bund nicht mehr bereit, so viel zu finanzieren? Es wäre schon gut, wenn man da nochmals nachverhandeln kann und dürfte.

Standespräsident Caviezel: Gibt es Wortmeldungen aus dem Plenum? Grossrat Bettinaglio, Sie haben das Wort.

Bettinaglio: Ich möchte auf die Reservenbildung zu sprechen kommen. Kollege Föhn hat den Punkt bereits in der Eintretensdebatte angetönt. Ich möchte dies nun vertiefen und ausführen. In der Botschaft auf Seite 323 wird Folgendes ausgeführt: Diese Einmalbelastung von über 150 Millionen Franken kann durch die Auflösung der gebildeten Reserve nur zu 90 Millionen Franken aufgefangen werden. Es ist zweckmässig und geboten, die bereits gebildeten Reserven, wir haben es gehört, ebenfalls zu aktualisieren und um 60 Millionen Franken aufzustocken. Die Erhöhung dieser Reserve wird deshalb im Rahmen der vorliegenden Baubotschaft beantragt. Sie belastet die Rechnung 2022 ausserordentlich und einmalig und führt zu einer entsprechenden Erhöhung des Eigenkapitals. In diesem Zusammenhang vermute ich nun folgende Konsequenzen und führe das aus, damit dann die Fragestellungen auch klar sind. Im Zeitpunkt der Fertigstellung des Gebäudes werden auf der Aktivseite des Kantons die Baukosten von rund 150 Millionen Franken bilanziert sein. Auf der Passivseite haben wir die Rückstellung von neu dann 150 Millionen Franken. Diese wurde zulasten früherer Jahresergebnisse und des Jahresergebnisses 2022 gebildet. Nach Fertigstellung soll das Gebäude der Fachhochschule Graubünden übertragen werden. In der Bilanz des Kantons verschwinden die 150 Millionen Franken auf der Aktivseite und auf der Passivseite ohne Einfluss auf die Erfolgsrechnung. Bei der Fachhochschule wird ebenfalls keine Bilanzierung vorgenommen, da die Anschaffungskosten aus Sicht der Fachhochschule null Franken sind. Das Gebäude wird ja geschenkt. In diesem Zusammenhang stellen sich mir folgende Fragen, welche ich vorgängig Regierungsrat Cavigelli zugestellt habe: Wie ist das geplante buchhalterische Vorgehen beim Kanton und der Fachhochschule zum Zeitpunkt des Übertrags des Gebäudes nach Vollendung des Baus? Ist es so, wie ich eben beschrieben habe? Ist es richtig, dass weder der Kanton noch die Fachhochschule jemals Abschreibungen verbuchen werden im Zusammenhang mit diesem Neubau?

Standespräsident Caviezel: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen aus dem Plenum und erteile Regierungsrat Cavigelli das Wort.

Regierungsrat Cavigelli: Grossrat Mittner hat darauf hingewiesen, dass die Subventionssätze des SBFI unterschiedlich gewesen seien oder unterschiedlich sind im Vergleich der Standortbotschaft 2018 zu heute, nämlich 24 Prozent beziehungsweise rund 16 Prozent. Das ist in

der Tat so. Wir haben das so zur Kenntnis zu nehmen, dass wir damals bei der Standortbotschaft natürlich noch nicht so genaue Angaben machen konnten. Insbesondere war auch das Raumprogramm nicht so scharf vorgeplant wie jetzt beim Projekt mit der Botschaft. Und so hat das SBFI auf der Basis ihrer rechtlichen Grundlagen jetzt den Beitragssatz so ermittelt, wie er uns eben zugesprochen werden kann anhand des Projekts, das wir jetzt realisieren. Wir werden aber sicherlich wachsam bleiben und das dann auch nochmals sichten lassen, um zu prüfen, ob wir da nicht noch mehr Mittel generieren können. Auch dies ist ein Vorgang, der geübt abläuft. Wenn wir Beitragssätze abrufen können von Bundesseite, dann tun wir das in aller Sorgfalt, um nicht etwas aussen vor zu lassen. Das letzte Mal haben wir das in einer ganz grossen Grössenordnung z. B. thematisiert gehabt bei der Justizvollzugsanstalt Cazis, wo es auch um einen Beitrag grösser 30 Millionen Franken gegangen ist. Wir haben das auch beim Erstaufnahmezentrum Meiersboden thematisiert. Konkret, diese Aufgabe ist bei uns auf dem Radar. Die Erwartung ist dann allerdings schon nicht allzu hoch zu schrauben, weil die Projektierung ist natürlich jetzt vertiefter im Vergleich zur Standortbotschaft 2018 und insofern ist da dann vielleicht auch nicht allzu viel mehr zu holen. Wir nehmen aber das als Aufgabe mit. Und ich möchte bestätigen, dass es für uns eine Daueraufgabe ist.

Zur Frage von Grossrat Bettinaglio, die er mir wie gesagt zum Voraus schon zugestellt hat, die er aber in seinem Votum auch gerade selbst beantwortet hat, könnte ich jetzt sagen, sage ich nichts. Nein, es ist nicht so, dass überhaupt keine Abschreibungen stattfinden, es findet einfach nur einmal eine Sofortabschreibung statt, kurze Antwort, und zwar in der Bilanz des Kantons. Und somit sind dann diese allfällig 150 Millionen Franken in Anführungszeichen «verschwunden». Sie kommen dann allerdings sichtbar, erkennbar, mit gewisser Interpretation wieder zum Vorschein im Anhang der Jahresrechnung, wo diese Tätigkeiten, diese Sofortabschreibungen in diesen Grössenordnungen, wie wir sie verschiedentlich gemacht haben in den vergangenen Jahren, dann herauslesbar sind. Wir haben einen ähnlichen Vorgang im Übrigen auch schon gehabt bei der Eigentumsübertragung von Grundstücken an die psychiatrischen Dienste Graubünden im Jahr 2013. Dort war es auch ein grosser Posten an Vermögenswerten, Immobilienvermögenswerten, die wir auf die gleiche Art und Weise den psychiatrischen Diensten Graubünden übertragen haben. Insofern gehe ich einmal davon aus, dass es finanzrechtlich mindestens geklärt ist. Ob es bessere Lösungen gibt, die dann verbesserte, ich sage einmal, Transparenz auf lange Frist ermöglichen, diese Frage möchte ich offenlassen. Man kann das sicherlich einmal anschauen. Für uns wichtig zu wissen ist einfach, dass es eine 100-prozentige Subventionierung dieser Infrastruktur für die Fachhochschule braucht, weil sie das aus eigenen Kräften nicht bezahlen kann. Und wie wir das tun, ist letztlich offen. Und wenn wir den Weg nach dem Finanzrecht finden, so wie er jetzt gegeben ist, ist es aus meiner Sicht in Ordnung. Falls es, wie gesagt, bessere Wege gibt, wir sind sicherlich offen. Die Bilanz der Fachhochschule wird natürlich dann auch so aussehen, dass sie die

Übertragung kostenlos bekommt und somit die Vermögenswerte Eigentum in dem Sinne nicht aufführt.

Standespräsident Caviezel: Ich schalte jetzt eine Pause ein bis 10.40 Uhr, und nach der Pause fahren wir weiter mit VI. Finanzkompetenzen und Kreditbereitstellung. Grossrat Bettinaglio, Sie können nach der Pause noch einmal sprechen.

Pause

Standespräsident Caviezel: Darf ich Sie bitten, Platz zu nehmen? Ich erteile nun Grossrat Bettinaglio das Wort. Herr Grossrat, Sie können sprechen.

Bettinaglio: Nach den Ausführungen des Regierungsrates ist also klar, es werden weder bei der Fachhochschule noch beim Kanton jemals regelmässig Abschreibungen, welche zirka 5,2 Millionen Franken betragen würden, ausgewiesen. Nun möge der eine oder der andere in diesem Rat denken, was kümmern mich buchhalterische Vorgehensweisen oder Konformität mit HRM2? Ich sage Ihnen, dass dies sehr wohl praktische Relevanz hat. Ich versuche am konkreten Fall möglichst einfach zu erläutern, was ich damit meine. Durch das Fehlen von Abschreibungen von 5,2 Millionen Franken wird der Kantonshaushalt in Zukunft um diesen Betrag nicht mehr belastet. Der Überschuss im Kantonshaushalt ist also 5,2 Millionen Franken höher als mit allfälligen Abschreibungen. Dies könnte die Regierung oder auch diesen Rat dazu verleiten, anderweitige Ausgaben zu tätigen. Es ist aber wichtig, dass man sich den jährlichen Abschreibungen, oder anders formuliert, den jährlichen Ersatzkosten bewusst ist, denn vielleicht stehen in einigen Jahren die Mittel für den Ersatz nicht mehr so einfach zur Verfügung. Und dann sind die 5,2 Millionen Franken bereits mehrfach anderweitig ausgegeben. Mit dieser buchhalterischen Praxis entfernen wir uns meiner Meinung nach stetig immer mehr von einer Kostentransparenz im Hinblick auf den Ersatz von Infrastrukturen. Ich werde nun darauf verzichten, einen anderslautenden Antrag zur Reservenbildung zu stellen. Jedoch ist die buchhalterische Praxis aus meiner Sicht durch die GPK auf Sinnhaftigkeit und im Hinblick auf die Transparenz zu hinterfragen. Wie gesagt, wird es meiner Meinung nach mit dieser Praxis verunmöglicht, dass wir die wahren Ersatzkosten für die Erneuerung unserer Infrastrukturen im Griff haben.

Standespräsident Caviezel: Damit kommen wir zu VI. Finanzkompetenzen und Kreditbereitstellung. 1. Zuständigkeit Verpflichtungskredit Neubau und P68. Herr Kommissionspräsident?

Hug; Kommissionspräsident: Keine Ergänzung.

Standespräsident Caviezel: Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Debatte? Herr Regierungsrat? 2. Berücksichtigung der Teuerung. Herr Kommissionspräsident?

Hug; Kommissionspräsident: Keine Ergänzung.

Standespräsident Caviezel: Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Debatte? Herr Regierungsrat? Entschuldigung. Grossrat Heini, Sie haben das Wort.

Heini: Wir haben bis jetzt viel von Teuerung gesprochen. Aber bis jetzt haben wir nur von der Teuerung gesprochen vom ursprünglichen Projekt 2018 bis zu den 178 Millionen Franken, und das ist Stand April 2022. Wir haben aber per jetzt, heute, Oktober 2022, bereits eine Teuerung im Vergleich zu April 2022. Und wir erwarten im Baugewerbe aufs frühe 2023 nochmals eine massive Teuerung. Wie es hier bei Punkt 2 steht, wird im Umfang der Teuerung dieser Verpflichtungskredit hochgerechnet. Wie gedenkt die Regierung mit dieser zu erwartenden Teuerung umzugehen? Wir haben gehört, es ist die Erwartung des Rates, dass wir mit 178 Millionen Franken abrechnen. Ist angedacht, dass man diese zu erwartenden Mehrkosten mit Projektänderungen auffangen wird?

Standespräsident Caviezel: Herr Regierungsrat?

Regierungsrat Cavigelli: Ich danke für die Frage, und die Frage ist auch gut platziert, weil wir vorhin doch vom Kostendach gesprochen haben, 178 Millionen Franken. Aber wir sprechen ja schlussendlich auch von den Beschlusspunkten. Unter den Beschlusspunktanträgen VII. Anträge Ziffer 2, steht der letzte Satz, der sagt: Bei einer Änderung des Baupreisindexes verändert sich dieser Kreditbetrag entsprechend. Sie haben zu Recht angefügt, dass die Kostenbasis April 2022 ist und somit wird die Teuerung, die sich ab April 2022 einstellt, dazugerechnet. Insofern wird rein nominal der Betrag unter Umständen grösser als 178 Millionen Franken sein. Man kann sich fragen, ist das richtig, ist das nicht richtig. Es ist aber eine, sagen wir einmal, geübte Praxis, weil wir letztlich ja dann keine Beststellungsänderung machen, keine Mehrleistungen einkaufen. Es ändert sich am Projekt eigentlich nichts, ausser dass das, was wir beschlossen haben zu bauen, aufgrund von Teuerungseffekten sich verändert. Wir hatten diese Klausel irgend in einer Form immer in den Botschaften, auch dann, wenn es ganz andere Vorzeichen für Teuerungsintensität gegeben hat als heute.

Standespräsident Caviezel: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen, und wir kommen somit zu 3. Kreditbereitstellung. Herr Kommissionspräsident?

Hug; Kommissionspräsident: Keine Ergänzungen.

Standespräsident Caviezel: Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Debatte? Herr Regierungsrat? Somit haben wir die Botschaft durchberaten und ich frage Sie an, möchte jemand auf einen Abschnitt, auf ein Kapitel zurückkommen? Dies ist nicht der Fall. Wünscht jemand eine zweite Lesung? Das ist auch nicht der Fall. Somit kommen wir zu VII., zu den Anträgen. Ich schlage Ihnen folgendes Vorgehen vor: Ich lese Ihnen alle Anträge vor, und wir stimmen in globo darüber ab. Sind Sie mit diesem Vorgehen einverstanden, oder wünschen Sie,

dass wir über jeden Antrag einzeln abstimmen? Ich erteile Grossrat Gredig das Wort.

Gredig: Wir haben vorgängig einen «Antrag 5 neu» Ihnen schriftlich zugestellt und schlagen aus diesem Grund vor, dass wir die Anträge einzeln abstimmen und dann bei Antrag 5 über unseren Antrag beraten.

Standespräsident Caviezel: Sie haben es gehört, Grossrat Gredig wünscht, dass wir über jeden Antrag einzeln abstimmen. Da mache ich Ihnen einen anderen Vorschlag: Wir stimmen über die Anträge 1, 2, 3 und 4 in globo ab, thematisieren dann den Antrag von Grossrat Gredig und fahren dann weiter mit der Abstimmung der neuen Anträge 6, 7 und 8 in globo. Sind Sie damit einverstanden? Gut. Ich sehe keine Wortmeldungen, die dagegensprechen. Damit würden wir so verfahren. Ich lese Ihnen die Anträge 1 bis 4 vor. 1. Das Projekt «Realisierung Fachhochschulzentrum Graubünden», in Chur, wird genehmigt. 2. Für die Ausführung des Projekts Neubau Fachhochschulzentrum mit Instandsetzung der Liegenschaft Pulvermühlestrasse 68 in Chur mit Gesamtinvestitionen von 178 Millionen Franken wird ein Verpflichtungskredit von netto 151 Millionen Franken (Kostenstand April 2022) gewährt. Bei einer Änderung des Baupreisindex verändert sich dieser Kredit entsprechend. 3. Die im Jahr 2018 gebildete Reserve von 90 Millionen Franken zur Vorfinanzierung der abschreibungspflichtigen Nettoinvestitionen des Kantons für den Neubau Fachhochschulzentrum und die Instandsetzung der Liegenschaft Pulvermühlestrasse 68 wird um 60 Millionen Franken zulasten der Jahresrechnung 2022 auf 150 Millionen Franken erhöht. 4. Die Regierung wird ermächtigt, bauliche Änderungen im bewilligten Kreditrahmen vorzunehmen, wenn sich dies aus betrieblichen, organisatorischen, architektonischen oder wirtschaftlichen Gründen aufdrängt.

Antrag Kommission und Regierung

1. Das Projekt «Realisierung Fachhochschulzentrum Graubünden», in Chur, wird genehmigt.
2. Für die Ausführung des Projekts Neubau Fachhochschulzentrum mit Instandsetzung der Liegenschaft Pulvermühlestrasse 68 in Chur mit Gesamtinvestitionen von 178 Millionen Franken wird ein Verpflichtungskredit von netto 151 Millionen Franken (Kostenstand April 2022) gewährt. Bei einer Änderung des Baupreisindex verändert sich dieser Kreditbetrag entsprechend.
3. Die im Jahr 2018 gebildete Reserve von 90 Millionen Franken zur Vorfinanzierung der abschreibungspflichtigen Nettoinvestitionen des Kantons für den Neubau Fachhochschulzentrum und die Instandsetzung der Liegenschaft Pulvermühlestrasse 68 wird um 60 Millionen Franken zulasten der Jahresrechnung 2022 auf 150 Millionen Franken erhöht.
4. Die Regierung wird ermächtigt, bauliche Änderungen im bewilligten Kreditrahmen vorzunehmen, wenn sich dies aus betrieblichen, organisatorischen, architektonischen oder wirtschaftlichen Gründen aufdrängt.

Standespräsident Caviezel: Wer diesen vier Anträgen zustimmen möchte, drücke jetzt die Taste Plus, wer dagegen ist, die Taste Minus, und für Enthaltungen drücken Sie bitte die Taste Null. Sie haben den Anträgen 1 bis 4 mit 110 Stimmen bei 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zugestimmt.

Abstimmung

Der Grosse Rat stimmt den Anträgen 1-4 der Kommission und der Regierung in globo mit 110 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen zu.

Standespräsident Caviezel: Somit kommen wir jetzt zum neuen Antrag der SP-Fraktion. Dieser lautet: Die Regierung wird beauftragt, darauf hinzuwirken, dass die vorgesehene Anzahl Parkplätze im Sinne einer nachhaltigen, zukunftsgerichteten Mobilität reduziert wird und die weiteren Parkplätze darüber hinaus nachhaltig bewirtschaftet werden. Kann die Regierung diesem Anliegen nicht in eigener Kompetenz nachkommen, gelangt sie mit diesen Anliegen an jene Institutionen, die mit der entsprechenden Kompetenz ausgestattet sind. Hierzu erteile ich Grossrat Gredig das Wort.

Antrag SP (Gredig)

Die Regierung wird beauftragt, darauf hinzuwirken, dass die vorgesehene Anzahl Parkplätze im Sinne einer nachhaltigen, zukunftsgerichteten Mobilität reduziert wird und die weiteren Parkplätze darüber hinaus nachhaltig bewirtschaftet werden. Kann die Regierung diesem Anliegen nicht in eigener Kompetenz nachkommen, gelangt sie mit diesen Anliegen an jene Institutionen, die mit der entsprechenden Kompetenz ausgestattet sind.

Gredig: Wir haben uns gestern dazu geäussert, dass das Mobilitätskonzept der FHGR für uns nicht einsehbar war. Der Druck hat offenbar gewirkt. Heute Morgen haben wir es erhalten. Mit Interesse haben wir deshalb während der Debatte das Konzept studiert. Unsere Bedenken wurden dabei aber nicht ausgeräumt. Aus diesem Grund stelle ich im Namen der SP-Fraktion, wie gestern angekündigt, den Antrag, wie er eben vorgetragen wurde. Doch warum stellen wir diesen Antrag? Wir haben das vorliegende Mobilitätskonzept noch genauer gelesen als Regierungsrat Cavigelli. Darin wird gemäss der Churer Parkplatzverordnung mit einem klugen Einbezug der Oberen Au nämlich ein Minimalbedarf von 51 Parkplätzen errechnet. Dieser liegt damit deutlich unter den geplanten 150 Parkplätzen. Alles, was über dieser Anzahl liegt, müssen wir nicht bauen, sondern wollen wir bauen, und mit folgender Argumentation wird in diesem Mobilitätskonzept erklärt, weshalb das gewünscht ist. Zitat: «Aufgrund dessen, dass die FHGR in Konkurrenz zu anderen Fachhochschulen steht, ist es wichtig, den Standort so attraktiv wie möglich anzupreisen. Die Lehrbeauftragten wie auch die Weiterbildungsstudenten und Mitarbeiter müssen mit geeigneten Angeboten an die FHGR nach Chur gelockt werden. Die Verfügbarkeit von Parkplätzen spielt dabei eine grosse Rolle.» Wir müssen also Parkplätze bauen, um die Leute nach Chur zu locken. Wollen wir das? Wir wollen es nicht. Eine moderne städtische Mobilitätspolitik geht anders.

Die Erklärung dazu hat gestern Kollegin Maissen bereits erläutert. Das neue Fachhochschulzentrum ist auch ohne diese geplanten 150 Parkplätze in einer Tiefgarage bestens an alle Verkehrsmittel angeschlossen. In Fussdistanz zur neuen Fachhochschule liegt der grösste Parkplatz der Stadt. Nur 700 Meter sind es zur Oberen Au, also zehn Minuten zu Fuss. Nur vier Minuten sogar dauert die Fahrt dorthin mit dem Bus. Ich bin überzeugt, dass bei geschickter Verhandlung auch mehr als 50 Parkplätze auf der Oberen Au mitbenutzt werden dürfen. Die Buslinie 2 führt zudem direkt durch den Campus. In weiteren fünf Minuten ist man also von der FHGR beim Bahnhof Chur. Zusätzlich wird eine neue Veloverbindung geplant. Auch diese bringt einen in jedes Quartier der Stadt und in Kombination mit Zug und Bus in fast jede Taltschaft unseres Kantons, zugegeben nicht ganz so bequem wie mit dem Auto, doch ein paar Minuten frische Luft am Tag, etwas Bewegung und vielleicht auch einmal fünf Minuten warten tut nicht nur uns Grossrätinnen und Grossräten gut, wie wir es heute Morgen beim Frühsportprogramm gesehen haben. Auch den Dozierenden und den Studierenden an der FHGR schadet das nicht. Dass wir trotz dieser bereits vorhandenen optimalen Erschliessung 150 Parkplätze direkt auf dem Campus bauen möchten, ist eine unnötige und massive Förderung des Autoverkehrs in der Stadt. Gerade an einer Fachhochschule, an der man sustainable Business Development oder Tourism and Change studieren kann, ist eine derart grosse Tiefgarage, die weit über die Bedürfnisse von Anlieferung, Logistik und mobilitätseingeschränkten Personen hinausgeht, schlicht nicht glaubwürdig. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wir bauen dieses Fachhochschulzentrum nicht für heute und auch nicht für morgen. Wir bauen es für die nächsten 60 Jahre. In 60 Jahren wird kaum mehr jemand mit dem Auto zur Fachhochschule reisen. Doch die Tiefgarage ist dann bereits gebaut, die Parkplätze sind dort und, vor allem, das CO₂ ist bereits in der Luft. Um das zu verhindern, stellen wir den vorliegenden Antrag. Zum Votum von Kollege Kappeler: Ich kann Sie beruhigen. Unser Antrag gefährdet und verzögert das Gesamtprojekt nicht. Diese kleine Änderung ist umsetzbar, ohne dass das Gesamtprojekt neu aufgelegt werden muss. Aus diesem Grund fordern wir ein Mobilitätskonzept auf der Höhe der Zeit. Eine moderne Verkehrspolitik stellt in urbanen Räumen nicht mehr das Auto ins Zentrum. Machen wir Politik für die nächste Generation. Stimmen Sie aus diesem Grund dem Antrag der SP-Fraktion zu. Dann stimmen auch wir mit voller Überzeugung für dieses wegweisende Projekt.

Standespräsident Caviezel: Herr Kommissionspräsident?

Hug; Kommissionspräsident: Ja, besten Dank für das Wort. Zum Inhaltlichen dieses Antrags: Wir konnten ihn als Vorberatungskommission nicht beraten. Er lag uns nicht vor. Er wurde mir gestern um zirka 14 Uhr so mitgeteilt. In diesem Sinne ist jedes Kommissionsmitglied frei und kann sich in der Abstimmung so verhalten, wie sie es oder er es für richtig hält. Zum Formalen: Sie haben erwähnt, dass der Druck gewirkt hätte und das Konzept nun öffentlich sei. Da muss ich Ihnen auch als Kommissionspräsident bei aller Freundlichkeit sagen,

das ist nicht redlich. Wenn Sie das so sagen, stimmt das einfach nicht. Ich habe nachgefragt, wie das zustande gekommen sei, und ich kann Ihnen Folgendes mitteilen: An der Kommissionssitzung, da waren wir alle anwesend, wurde dieser Punkt besprochen. Sie haben drei engagierte Mitglieder, drei engagierte Grossrätinnen aus Ihrer Fraktion, zu uns geschickt. Wir haben intensiv darüber debattiert. Es wurde aber kein Mobilitätskonzept an diesem Nachmittag dort gefordert. Letzten Donnerstagabend hat der Leiter des Hochbauamts einen Telefonanruf von einer Grossrätin von Ihnen erhalten, ob dieses Konzept zur Verfügung stehe. Es steht grundsätzlich zur Verfügung. Er war unterwegs und an mehreren Telefongesprächen wurde es so abgesprochen, dass das jetzt nicht mehr unbedingt nötig sei. Gestern wurde es eingefordert. Es wurde zuhänden von mir, dem Kommissionspräsidenten, so zugesandt. Ich habe es an Patrick Barandun geschickt, und das ganze Ding ist öffentlich. Sehen Sie, solche Dokumente gibt es zu Dutzenden, die irgendwie das ganze Projekt begleiten. Sie sind öffentlich, aber Sie müssen rechtzeitig diese Forderungen stellen. Sie können nicht hier hinsitzen und behaupten, man hätte hier irgendetwas mit Druck erzwingen müssen. Das ist falsch und möchte ich klar so betonen.

Zum inhaltlichen Punkt: Wenn Sie dieses Konzept ansehen, dann steht da drin, dass wir irgendwo zwischen 140 und 170 Parkplätzen uns bewegen. Wir können jetzt streiten, was richtig ist, ob man auf der Obere Au noch mehr erreichen würde. Das ist alles eine Flughöhe, die diesem Projekt nicht würdig ist. Und in diesem Sinne bin ich der Meinung, dass man vielleicht auch noch die Verfasser ansehen sollte, Monsch und Hartmann. Ich kenne den Mitverfasser, Nicola Hartmann, Sohn des streitbaren und legendären Verkehrsplaners Peter Hartmann, der vermutlich in Euren Reihen zu suchen wäre. Also ich vertraue diesen Leuten. Die wissen, was sie machen. Von unserer Seite hätten wir locker einige Anträge stellen können, um diese Parkplatzanzahl zu erhöhen. Es gibt auch diese Meinung in diesem Rat. Wir haben uns aber zurückgehalten im Sinne des Ganzen, um eben dieses gute und wegweisende Zukunftsprojekt jetzt nicht zu zerreden. Und deshalb meine ich, wäre es wichtig, wenn man diesem Antrag jetzt nicht zustimmen würde. Sie betreiben hier ideologische Politik, das dürfen Sie selbstverständlich. Sie dürfen für jeden Velostreifen und gegen jeden Parkplatz kämpfen, aber machen Sie das nicht auf dem Buckel dieses zukunftsweisenden Projektes. Machen Sie das bei anderen Punkten. Selbstverständlich ist das Ihnen dort frei.

Nun, als letzter Punkt: Ich lese jeweils die Protokolle der Vergangenheit. Die sind mir wichtig, damit ich etwas besser vorbereitet bin. Dort bin ich über ein Zitat gestolpert Ihres damaligen Fraktionspräsidenten Philipp Wilhelm. Er hat sehr weise dort Folgendes von sich gegeben beim Eintreten dieser Debatte: «Die SP-Fraktion ist dezidiert der Meinung, dass nun nicht der Grosse Rat die nächste Instanz sein soll, die dem neuen Hochschulzentrum der HTW den nächsten Knüppel zwischen die Beine werfen soll.» Das war ein Zitat aus dem Jahr 2019, und ich bin der Meinung, tun Sie dasselbe heute nicht. Es ist vielleicht kein Knüppel, es ist ein Knüppelchen, aber es wird dieser ganzen Vorlage irgendwie nicht ganz ge-

recht. In diesem Sinne hoffe ich, dass Sie vielleicht diesen Antrag noch zurückziehen. Es wäre kein Zeichen der Schwäche, aber Sie werden auch Ihren drei Kommissionsmitgliedern, die Sie uns zugesandt haben, nicht ganz gerecht. Sie haben sehr engagiert debattiert. Aber mit diesem Antrag haben wir ehrlich gesagt nicht gerechnet.

Standespräsident Caviezel: Wünschen weitere Mitglieder der Kommission das Wort? Das ist nicht der Fall. Dann gehen wir über zur allgemeinen Debatte, und hier erteile ich Grossrat Perl das Wort.

Perl: Ich kann Ihnen versichern, das ist nicht einfach irgendein ideologischer Furz. Das ist konkrete Sachpolitik. Wir besprechen hier drin ein Sachgeschäft, und wir behalten uns vor, bei Sachgeschäften Anträge zu stellen, wie Sie das auch machen. Und ich darf Ihnen versichern, wir tragen dieses Projekt mit, mit Überzeugung, mit Überzeugung, aber wir haben hier einen Änderungsantrag. Sollte der nicht durchkommen, tragen wir dieses Projekt auch mit Überzeugung mit im Abstimmungskampf. Das sei hier gesagt. Wir werfen niemandem Knüppel zwischen die Beine. Wir haben ein mobilitätspolitisches Anliegen, das wir sachlich begründet haben. Kollege Gredig hat das ausgeführt, es gibt eine einfache, gute Lösung, und unser Antrag ist so formuliert, dass wir eben gerade keinen Knüppel zwischen die Beine legen, sondern der Regierung einen Ball zuspielen. Die Regierung kann diesen Ball aufnehmen, und ich meine, es stünde dem Projekt gut an, wenn wir es im Bereich Mobilitätskonzept noch verbessern. Stimmen Sie für den Antrag der SP-Fraktion. Stimmen Sie für eine Mobilitätspolitik, die dem 21. Jahrhundert angemessen ist, und blicken Sie vielleicht dann und wann über den Tellerand, wie Mobilitätspolitik an anderen Orten, an anderen Fachhochschulstandorten diskutiert wird. Ja, ein wenig anders als hier. Wir bringen diesen Antrag ein, weil wir überzeugt davon sind, dass an einem Ort, an dem Nachhaltigkeit gelehrt wird, diese auch vorgelebt werden muss.

Luzio: Als Bewohner und Vertreter einer Randregion mit nicht überaus attraktivem Anschluss an den öffentlichen Verkehr beobachte ich die Entwicklung des sich verstärkenden Wegfalles der Parkmöglichkeiten in urbanen Regionen mit Sorge. Wer frühmorgens oder spätabends einer Weiterbildung oder einer Veranstaltung im Raum Chur beiwohnen möchte, ist darauf angewiesen, in angemessener Nähe parkieren zu können. Kollege Gredig, Bewegung und frische Luft ist natürlich willkommen, und ich bin auch ein grosser Fan davon. Aber am Schluss sollte an deren Ende eine Verbindung in die Heimat vorzufinden sein. Meist ist es leider nicht möglich, mit dem ÖV an Randzeiten an-, aber vor allem abzureisen. Dies gilt ebenfalls für zukünftige Lehrpersonen und Studierende aus peripheren Gegenden. Zur Verringerung von Parkplätzen in Städten im Allgemeinen: Wenn Handwerksbetriebe bei der Kundschaft keinen Parkplatz mehr finden und der Lehrling mit dem Servicewagen in der Stadt Runden drehen muss, bis die Arbeitskollegin mit der Arbeit fertig ist, haben wir ein Problem. In

Schweizer Grossstädten ist dies bereits heute Handwerkeralltag. Die Realisierung des Fachhochschulzentrums Graubünden ist ein zukunftsweisendes kantonales Projekt mit nationaler Ausstrahlung, welches wir als Bündner Bevölkerung tragen, auch die Randregionen. Im Sinne der Partizipation an der Weiterbildung für den gesamten Kanton empfiehlt die FDP, den Antrag der SP abzulehnen.

Loi: Alle lobten jetzt die letzten Stunden von gestern bis heute das neue Projekt. Das neue Projekt soll Graubünden Anschluss bieten an die Hochschulszene in der Schweiz, wirtschaftlich, vom Bildungsangebot her, und auch gegen den Fachkräftemangel antreten. Der Kanton Graubünden besteht nicht nur aus Chur, aus Grossraum Chur, aus Velowegen und Gegenden, die man mit dem Velo erreichen kann, sondern, wie bereits gesagt wurde, es gibt viele periphere Täler. Und auch die wünschen sich in Zukunft eine zukunftsgerichtete Mobilität, und da gehört auch weiterhin der individuelle motorisierte Verkehr dazu, sei es mit Elektro-, Benzin- oder Dieselantrieb. Und ich bin überzeugt, dass das Automobil auch in Zukunft eine bedeutende Rolle spielen wird. Und aus diesem Grund bin ich überzeugt, dass gerade der Kanton Graubünden mit sehr viel abgelegenen Talschaften weiterhin auch auf das Automobil, auf den individuellen motorisierten Verkehr setzen darf und muss. Und deshalb braucht es genügend Parkplätze, damit auch Leute aus dem Kanton, aus der Peripherie oder anderswo eine vernünftige moderne Infrastruktur vorfinden. Und ich finde es auch falsch, wenn man jetzt die verschiedenen Verkehrsmittel gegeneinander ausspielt. Also lehnen Sie den Antrag klar ab und gehen Sie mit der Botschaft.

Censi: Regolarmente mi reco al lavoro in bicicletta, guido un'auto elettrica, sono chiaramente a favore della mobilità sostenibile. Reputo però che un numero adeguato di parcheggi sia importante per un nuovo polo universitario professionale, che tra l'altro si trova nei pressi di un nodo autostradale a Coira. Questo centro si trova a Coira, ma deve essere facilmente raggiungibile anche dalle regioni periferiche del Cantone e dal resto della Svizzera. Posso capire che si tratti di un incarico ideologico, ma dal lato pratico e concreto non è attuabile. Rimango come presentato nel messaggio presentato dal Governo.

von Moos: Als Mediziner, aber auch als ökologisch bewusster Mensch möchte ich Ihnen folgende Zahlen kurz zu Gemüte führen: 2000 Studierende, 150 Parkplätze, 85 Prozent kommen mit dem öffentlichen Verkehr, finde ich super. Zweitens: Wir haben in Chur Zentrumsleistungen für Patientinnen und Patienten, und dies nicht nur am Kantonsspital, sondern verstreut über die Stadt. Wenn ich die Schlagzeilen heute lese, keine Maskenpflicht im öffentlichen Verkehr, obwohl die Infektionskrankheiten zunehmen, und nicht nur Corona, wenn wir auf die Südhälfte schauen, sehen wir auch, dass Influenza dort massiv zugeschlagen hat, dann wissen wir, dass Hunderte, wenn möglich sogar Tausende von diesen Patienten, die immunkompromittiert sind, eben nicht im öffentlichen Verkehr sich bewegen können.

Viele können sich auch nicht selber bewegen. Und wir haben die Dialysezentren und Spezialarztpraxen in der Stadt. Wenn wir entsprechende Parkplätze, unterirdische Parkplätze, dann noch streichen, dann werden wir automatisch einen zusätzlichen Druck auf die oberirdischen Parkplätze in der Gegend führen. Wenn wir noch ein bisschen visionärer werden und die Zukunft anschauen und uns autonomes Fahren mit Elektrofahrzeugen anschauen, ist es dann intelligenter, wenn diese Elektrofahrzeuge autonom im Quartier rumfahren, anstatt dass sie irgendwo unterirdisch parkiert werden? Ich glaube, es macht überhaupt keinen Sinn, hier die entsprechenden Parkplatzzahlen zu reduzieren.

Loepfe: Ich bitte Sie, diesen Antrag abzulehnen, und ich habe hier zwei Gründe, wieso ich das sage. Der Erste ist ein formaler Grund. Es wurde teilweise von Ratskollege und Präsident der Vorberatungskommission Roman Hug bereits gesagt, es ist keine saubere Vorbereitungsarbeit. Was wir hier brauchen, ist eine gewisse Sorgfalt. Es besteht eine Sorgfaltspflicht des Grossen Rates. Meines Erachtens ist es so, dass in der Erarbeitung des Projekts Sorgfalt aufgewendet wurde. Es wurde nach sehr vielen Aspekten gehandelt und abgewogen und uns dann dieses Projekt hier präsentiert. Das, was jetzt als Schnellschuss, und ich sage dem Schnellschuss, von der SP-Fraktion kommt, das entbehrt jeglicher Sorgfalt. Sie hätten die Möglichkeit gehabt, diese Sorgfaltspflicht wahrzunehmen durch die entsprechende Kommissionsarbeit, wo das auch thematisiert und behandelt werden konnte, aber Sie haben es nicht getan, und deshalb bezeichne ich das als Schnellschuss, und schon aus Risikoüberlegungen bin ich dagegen, Schnellschüsse hier zu machen. Wie gesagt, liebe SP-Fraktion, machen Sie gute Kommissionsarbeit, und dann kommt es auch gut, aber bitte keine Schnellschüsse.

Das Zweite ist eine inhaltliche Angelegenheit. Wir haben hier, auch das wurde bereits gesagt, wir haben hier ein kantonales Projekt mit Zentrumsfunktion. Wir haben hier kein städtisches Projekt. Wenn Sie städtische Verkehrspolitik machen wollen, machen Sie das bitte im Parlament von Chur, aber machen Sie das nicht im Kantonsparlament. Das ist der falsche Ort. Es kommt mir hier so vor wie ein bisschen die Geschichte im Kanton Zürich, wo wir den Kanton in der Verkehrspolitik gegen die Stadt Zürich haben. Die Stadt Zürich ist ein veritables Labor für verkehrspolitische Ansätze, vor allem aus dem linksgrünen Bereich, und gewisse Sachen sind gut, viele Sachen sind schlecht. Hier haben wir ein kantonales Projekt, das wir nicht gefährden wollen. Also bitte hier auch kein Risiko nehmen. Stimmen Sie gegen diesen Antrag.

Danuser (Chur): Wir Grünliberalen, wir setzen uns für eine nachhaltige und zukunftsgerichtete Mobilität ein, doch es entspricht nicht unserer Politik, einfach pauschal weniger zu fordern ohne eine faktenbasierte Grundlage, denn Unterlagen zu den Park- und Einstellplätzen hatten wir bis heute Morgen keine. Das wurde ja bereits thematisiert. Nun haben wir das Mobilitätskonzept erhalten. Das Mobilitätskonzept beinhaltet den Bedarf an Parkplätzen, aber auch den Bedarf an Veloabstellplätzen,

Fuss- und Velowegen und die Anschlüsse mit dem öffentlichen Verkehr. Es ist ja nicht so, dass nur in Parkplätzen investiert wird. Zur Förderung der Velonutzung sind 500 Veloabstellplätze eingeplant, und die Stadt Chur investiert 60 Millionen Franken in den Ausbau Bahnhof Chur West beispielsweise, der auch für die Fachhochschule zentral sein wird. Wir haben bei einer Fachhochschule verschiedene Anspruchsgruppen wie Mitarbeitende, Studierende und solche in Weiterbildung sowie weitere Nutzende wie Veranstalter etc. Diese Gruppen haben unterschiedliche Bedürfnisse, und dafür braucht es eine umfassende Abwägung und Betrachtungsweise. Wir warten die Antwort der Regierung ab und werden uns dann entscheiden, ob wir dem Antrag zustimmen oder nicht.

Baselgia: Erlauben Sie mir, etwas zum Thema Sorgfaltspflicht in der SP-Fraktion zu sagen. Ich möchte mich nicht inhaltlich zu den Parkplätzen äussern. Ich kann diesen Vorwurf aber von Grossrat Loepfe so nicht stehen lassen. Das werden Sie wohl auch verstehen. Unsere Fraktion hat gearbeitet, und die Fraktion hat festgestellt, dass die Mitglieder in der Kommission nicht in allen Teilen von den Antworten der anwesenden Leute befriedigt waren und dass die Frage der Parkplätze eben offen blieb, und das haben wir in der Fraktionssitzung festgestellt. Und unsere Kommissionsmitglieder haben dann halt den Auftrag erhalten, das Mobilitätskonzept zu studieren und zu verlangen. Und wenn der Kommissionspräsident sagt, es hätte keinen Druck gebraucht, dann muss ich dem auch widersprechen. Sehen Sie, es hat nicht gereicht, dass eine gewöhnliche Grossrätin anfragt. Man hat gesagt, man habe genug Unterlagen unterdessen und es bräuchte keine zusätzlichen. Es ist etwas Anderes anscheinend, wenn der Kommissionspräsident dieses verlangt. Wir haben es nicht in der nächsten Minute verlangt, aber bis am Montag. Wir sind dankbar, dass wir dieses am Dienstag bekommen haben. Das hat aber dazu geführt, weil man uns nicht Auskunft geben wollte, aber auch, weil wir jetzt das Mobilitätskonzept studiert haben, dass wir an diesem Antrag festhalten. Wir wollen der Regierung die Möglichkeit geben, diese Parkplatzsituation zu überdenken, und wir haben ausdauernd und sorgfältig dieses Thema behandelt und sind deshalb zu diesem Antrag gekommen.

Standespräsident Caviezel: Ich möchte Sie nun anfragen, ob es noch weitere Wortmeldungen aus dem Plenum gibt? Die Diskussion scheint erschöpft zu sein und somit erteile ich Regierungsrat Cavigelli das Wort.

Regierungsrat Cavigelli: Ja, die Frage der Parkplätze. Wir haben schon diskutiert im Zusammenhang mit dem Eintreten. Ich glaube, die richtige Annäherung an diese Frage ist die, dass wir die Parkplatzfrage gleich beurteilen wie z. B. die Frage, ob wir grundsätzlich ein erneuerbares Gebäude aufstellen wollen, klimaneutral insgesamt, ob wir ein Gebäude aufstellen wollen, wo neue Lehr- und Lernstrukturen möglich sind. Konkret, es betrifft verschiedene Grundsatzthemen, die man als Stossrichtung irgendwie in einem Planungsprozess aufnehmen will. Wenn dies so richtig ist, was ich nicht

weiss, ob Sie diese Meinung teilen, dann würde ich einmal feststellen zum Zweiten, dass die Fachhochschule Graubünden, ebenso wie auch die Planungsverantwortlichen beim Kanton, eine hohe Sensibilität haben für die Mobilitätsfrage, für die erneuerbare Mobilität, für die Verlagerung von Individualverkehr auf den öffentlichen Verkehr, für die Frage der Förderung des Langsamverkehrs, für die Frage der Förderung der E-Mobilität. Grundsätzlich spürt man dies ja dann auch sogar aus dem Konzept, das erstellt worden ist von Hartmann und Monsch, dass man diese Möglichkeiten benannt, wo noch Lücken zur Verbesserung bestehen, insbesondere adressiert, natürlich, ich habe es beim Eintreten gesagt, an die Standortgemeinde, die Stadt Chur. Insofern gehe ich davon aus, dass, ich sage mal, das Anliegen in der grundsätzlichen Stossrichtung bei allen angekommen ist, beim Kanton, bei der Fachhochschule.

Es stellt sich die Frage, wie diese Sensibilität sich letztlich dann auswirkt. Wenn ich diese Frage beantworte, dann würde ich sie einmal in erster Linie adressieren an die Fachhochschule selber. Die Fachhochschule selber, sie kann ermitteln, wo sie Handlungsmöglichkeiten hat und wo solche nicht bestehen. Es ist sogar offen kundgetan worden in der letzten Veröffentlichung in einer Broschüre, dass es eine Masterarbeit gibt, und diese Masterarbeit hat sich mit dem Thema Klimaneutralität der Fachhochschule auseinandergesetzt und sie hat festgestellt, dass 60 Prozent des CO₂-Ausstosses letztlich auf die Mobilität zurückzuführen sei. Es ist also nicht so, dass man dieses Thema unter die Decke wischt, unter den Teppich wischt, sich dieser Frage von Seiten der Hochschule nicht stellen möchte. Im Gegenteil, man macht da eine Arbeit, die erstellt worden ist, publik und zeigt damit auch Handlungsbedarf auf. Ich kann mir deshalb gut vorstellen, ohne dass ich es weiss, dass die Fachhochschule sich auch mit der Frage eines betrieblichen Mobilitätsmanagements auseinandersetzt, z. B. die Frage dann beantwortet, wie sie die Parkplatzbewirtschaftung günstig regeln will, damit Leute, die die Möglichkeit haben, mit öffentlichem Verkehr oder den anderen Verkehrsmitteln, allfällig sich auch zu Fuss zur Schule zu begeben, wie sie dazu beanreizt werden, das zu tun. Wir haben das betriebliche Mobilitätsmanagement beim Kanton ja beispielsweise eingeführt und ich gehe davon aus, dass es sich lohnt für die Fachhochschule, so etwas auch zu überlegen, wenn sie es nicht schon getan hat. Wieso weiss ich das nicht? Ich sage Ihnen, es ist eigentlich auch egal, ob das so ist, dass ich es weiss oder nicht, weil letztlich ist es eine dermassen operative Frage einer Institution, die sie sich selber stellen muss und die sie auch selber ja beantworten können muss. Ich glaube nicht, dass es das Niveau der Sorge eines Parlaments ist, ob eine Fachhochschule ein betriebliches Mobilitätsmanagement hat oder nicht. Das sollte sie selber tun und das sollte sie auch in eigener Verantwortung gestalten können. Ich gehe davon aus, dass diese Meinung vielleicht jetzt nicht ganz überall geteilt wird, aber ich hoffe, dass sie mehrheitsfähig ist.

Ein zweiter Aspekt ist, wir haben uns ja sehr gründlich damit auseinandergesetzt, auch im Planungsprozess, für die Errichtung der Infrastruktur, wie viele Parkplätze es braucht. Man hat in diesem Konzept erstellt, dass es,

wenn es möglich ist, 50 Parkplätze zusätzlich zu generieren bei der Stadt Chur über vertragliche Verpflichtung und Berechtigung, dass es dann noch mindestens 140 Parkplätze braucht. Es sind im Projekt 150 Parkplätze vorgesehen. Wenn man 150 Parkplätze nimmt, so ist die Zahl vielleicht für sich genommen hoch. Sie ist aber vielleicht gar nicht so hoch, wenn man sich überlegt, für wen die dann allfällig zur Verfügung stehen. Wir haben ja nicht nur Besucher der Fachhochschule Graubünden, wie es die Studenten darstellen, die von morgens 8 Uhr bis am Abend vielleicht um 17 Uhr sich auf dem Campus bewegen. Sondern wir haben auch solche, die vorübergehend kommen, solche, die vielleicht zwei bis drei Stunden eine Veranstaltung besuchen, eine Weiterbildungsveranstaltung besuchen, die vielleicht aus peripheren Regionen des Kantons kommen, vielleicht auch von ausserhalb des Kantons kommen und wo ein Zeitmanagement sehr knapp geführt werden muss, damit man es sich leisten kann, eine solche Weiterbildung dann in den Kalender noch einzupflegen. Und aufgrund der Attraktivität der Fachhochschule, die zu steigern ist, die hochzuhalten ist, glaube ich, dass man dieses Argument schon auch mitberücksichtigen muss. Es kann auch sein, dass es eine Grossveranstaltung, eine Tagung vielleicht auch gibt, wo halt einfach sehr viele Menschen die Fachhochschule aufsuchen wollen und dann in diesen 150 Parkplätzen dann sowieso nicht zu Range kommen und ausserhalb auch allfällig noch Parkplätze brauchen, obwohl es vielleicht auch manche gibt, die mit dem öffentlichen Verkehr oder sonst wie die Fachhochschule aufsuchen. Es braucht einfach eine gewisse Flexibilität, und für mich ist das plausibel, dass es so ist, dass es Flexibilität braucht. Und wenn Fachleute uns das letztlich nahelegen, dass dieses Bedürfnis mit rund 150 Parkplätzen befriedigt werden kann, so würde ich dem jetzt einfach einmal vertrauen, und ich mache Ihnen beliebt, den Antrag so abzulehnen.

Standespräsident Caviezel: Bevor wir nun zur Abstimmung kommen, erteile ich Grossrat Gredig nochmals das Wort.

Gredig: Kollege Hug verweist auf die Verfasser des Konzepts und deren familiäre Verbindungen. Das Konzept hatte aber offenbar gar nicht zum Auftrag, eine umfassende Mobilitätsbetrachtung vorzunehmen, die auch in die Zukunft blickt. Vielmehr beschreibt es den Status quo, Stand heute, mit den aktuellen Vorgaben, umgerechnet auf die neuen Studierendenzahlen. Das ist korrekt, aber das ist nicht visionär. Zu Kollege Luzio: Sie haben Recht, für die Anreise aus peripheren Gebieten von und nach Chur ist man teilweise auf das Auto angewiesen, das ist völlig richtig. Wobei 80 Prozent der Studierenden kommen aus dem Unterland, dieses würde ich nicht per se als peripher bezeichnen. Wenn Sie mir aber genau zugehört haben, ob Ihr Parkplatz nun direkt unterhalb der Fachhochschule liegt oder auf der Oberen Au, macht nur einen sehr kleinen Unterschied. Wie bereits gesagt, zehn Minuten zu Fuss, drei Minuten mit dem Mietvelo oder mit dem Bus, das tut gut, und an diesen paar Minuten wird nicht einmal ein regierungsrätlicher Terminkalender scheitern.

In der Verkehrsplanung unterscheidet man grundsätzlich zwischen angebotsorientierter Planung und nachfrageorientierter Planung. Nachfrageorientiert bedeutet: Je mehr Autos verkehren, desto mehr wird gebaut. Und moderne Verkehrspolitik ist angebotsorientiert. Der Platz in den Städten ist beschränkt. Lebensqualität und Grünflächen werden immer wichtiger. Für den Platzbedarf ist es egal, ob das Auto autonom verkehrt, Herr von Moos. Es ist eine politische Entscheidung, welches Angebot an Parkplätzen und welches Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln, Fuss- und Veloverkehr wir schaffen möchten. Meine Damen und Herren, in Zukunft werden wir die Leute nicht mehr mit einem grossen Parkplatzangebot nach Chur locken. Wir werden die Menschen nach Chur locken, weil wir eine grosse Lebensqualität bieten in einer lebenswerten Stadt. Wir haben es heute in der Hand, die Fachhochschule Graubünden wirklich attraktiv zu gestalten. In diesem Sinne stimmen Sie dem Antrag der SP-Fraktion zu. Das können Sie mit bestem Gewissen tun, denn wir haben den Kredit bei der eben vergangenen Abstimmung bereits gesprochen. Besten Dank für Ihre Unterstützung.

Standespräsident Caviezel: Herr Kommissionspräsident, Sie haben das Wort.

Hug; Kommissionspräsident: Ja, wir hatten jetzt eine Zeitlang eine intensive und spannende Diskussion verfolgen können. Inhaltlich wurde vieles erwähnt. Ich glaube, zum Abschluss, Sie erwähnen einfach, dass Lebensflächen und Grünflächen wichtig seien usw. Ja, das bestreitet ja hier gar niemand. Aber wenn man Infrastruktur unter dem Boden jetzt verhindern will, dann hat das nichts zu tun mit nachhaltigem Denken oder über den Tellerrand schauen, wie es da erwähnt wurde, sondern dann ist das etwas kurzfristig. Wir haben doch alle keine Ahnung, wie wir da in 60, 80 oder 100 Jahren zu dieser HTW gelangen. Also wir gelangen da sowieso nirgends mehr hin, aber unsere Nachfolger, wir wissen das doch nicht. Vielleicht landen sie mit einer Drohne. Das ist alles Zukunftsmusik. Verbauen wir uns nicht die Möglichkeit für Infrastruktur unter dem Boden. Ich glaube, das wäre wirklich kurzsichtig, und deshalb wäre ich sehr froh, wenn wir diesen Antrag hier ablehnen können.

Und noch ein letztes Wort zum Ablauf, Kollegin Bea Baselgia: Du erwähnst, dass ich da etwas mehr Gewicht hätte. Du überschätzt meine Rolle. Ich habe politisch überhaupt nicht mehr Gewicht als meine Kommissionkolleginnen. Ich habe vielleicht auf der Waage etwas mehr zu bieten, *Heiterkeit*, aber das hat nichts mit dem zu tun, wie wir diesen Kommissionstag bestritten haben. Sie hätten jederzeit zu mir kommen können, kamen sie nicht. Wir waren auch eine relativ neue Kommission. Sie haben wirklich sehr spannend und gut mitgearbeitet. Ich bedaure, dass jetzt aus der Fraktion etwas Druck aufgebaut wurde auf diese drei Frauen, aber das ist jetzt halt so. Ich glaube, wir stimmen ab. Es wird sich ein ideologischer Graben abzeichnen. Ich könnte jetzt genau diesen Graben zeichnen auf dem Bildschirm, wo dass etwa die Schnittstelle verläuft. *Heiterkeit*. Weiter schlimm ist das nicht, aber dem Vertreter des Hochbauamtes möchte

ich schon noch mitgeben: Also bauen Sie Infrastruktur. Was dann dort genau geschehen wird, wissen wir alle nicht.

Standespräsident Caviezel: Damit kommen wir zur Abstimmung, und zwar über den Antrag 5 neu, der da lautet: «Die Regierung wird beauftragt, darauf hinzuwirken, dass die vorgesehene Anzahl Parkplätze im Sinne einer nachhaltigen, zukunftsgerichteten Mobilität reduziert wird und die weiteren Parkplätze darüber hinaus nachhaltig bewirtschaftet werden. Kann die Regierung diesem Anliegen nicht in eigener Kompetenz nachkommen, gelangt sie mit diesem Anliegen an jene Institutionen, die mit der entsprechenden Kompetenz ausgestattet sind.» Wer diesem Antrag 5 neu zustimmen will, drücke bitte die Taste Plus, wer ihn ablehnen will, die Taste Minus, und für Enthaltungen die Taste Null. Die Abstimmung läuft jetzt. Sie haben den Antrag 5 neu mit 87 Nein-Stimmen bei 28 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Abstimmung

Der Grosse Rat lehnt den Antrag SP (Gredig) mit 87 zu 28 Stimmen bei 1 Enthaltung ab.

Standespräsident Caviezel: Damit fahren wir mit den weiteren Anträgen 5, 6 und 7 auf der Seite 326 der Botschaft weiter. Da haben wir ja einleitend beschlossen, dass wir das in globo machen werden, und ich lese Ihnen die Anträge vor. Antrag 5. Der Neubau Fachhochschulzentrum mit der Liegenschaft Pulvermühlenstrasse 68 wird nach seiner Bauvollendung der Fachhochschule Graubünden unentgeltlich zu bedingtem Eigentum übertragen und die betroffenen Grundstücke werden der Fachhochschule im Rahmen eines Unterbaurechts zur Verfügung gestellt. 6. Der Kreditbeschluss über netto 151 Millionen Franken gemäss Ziffer 2 und der Beschluss betreffend den unentgeltlichen Eigentumsübertrag gemäss Ziffer 5 unterliegen gestützt auf Art. 16 Ziff. 4 der Verfassung des Kantons Graubünden der Volksabstimmung. 7. Die Regierung vollzieht diese Beschlüsse.

Antrag Kommission und Regierung

5. Der Neubau Fachhochschulzentrum mit der Liegenschaft Pulvermühlestrasse 68 wird nach seiner Bauvollendung der Fachhochschule Graubünden unentgeltlich zu bedingtem Eigentum übertragen und die betroffenen Grundstücke werden der Fachhochschule im Rahmen eines Unterbaurechts zur Verfügung gestellt.
6. Der Kreditbeschluss über netto 151 Millionen Franken gemäss Ziffer 2 und der Beschluss betreffend den unentgeltlichen Eigentumsübertrag gemäss Ziffer 5 unterliegen gestützt auf Art. 16 Ziff. 4 der Verfassung des Kantons Graubünden der Volksabstimmung.
7. Die Regierung vollzieht diese Beschlüsse.

Standespräsident Caviezel: Wer den Anträgen 5, 6 und 7 zustimmen möchte, drücke bitte die Taste Plus, wer den Anträgen nicht zustimmen will, die Taste Minus, und für

Enthaltungen die Taste Null. Die Abstimmung läuft jetzt. Sie haben den Anträgen 5, 6 und 7 mit 117 Ja-Stimmen bei 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zugestimmt.

Abstimmung

Der Grosse Rat stimmt den Anträgen 5-7 der Kommission und der Regierung in globo mit 117 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen zu.

Standespräsident Caviezel: Damit sind wir am Ende der Beratung Realisierung Fachhochschulzentrum Graubünden und ich erteile dem Kommissionspräsidenten das Schlusswort. Herr Kommissionspräsident.

Hug; Kommissionspräsident: Besten Dank für die Debatte, für Ihr Abstimmungsverhalten und für die Chance für diesen Kanton, dieses zukunftsgerichtete Grossbauprojekt für die nächste Generation zu realisieren. Ich bedanke mich ganz herzlich bei den Vertretern der Verwaltung, des DIEM und des EKUD. Ich bedanke mich herzlich bei der Ratskanzlei, die diesen Tag optimal geführt hat. Ich bedanke mich bei allen Kommissionskolleginnen und -kollegen. Ich schliesse alle in diesen Dank mit ein. Es ist wichtig, dass wir kritische Leute in unseren Reihen haben, nur die bringen uns weiter. Zur rechten Zeit kritisch sein, das ist äusserst wichtig. Dann bedanke ich mich beim Regierungsrat. Er war gesundheitlich abwesend an diesem Kommissionstag. Ihre Leute haben das hervorragend gemacht, Sie hervorragend vertreten. Vielleicht ging der Tag auch etwas kürzer zu Ende. *Heiterkeit.* Aber herzlichen Dank. Wir haben von Ihnen alles erhalten, was wir benötigt hatten. Und zuletzt bedanke ich mich bei jedem Einzelnen von Ihnen allen hier im Rat, bei Ihnen, geschätzte Grossratskolleginnen und -kollegen. Sie sind jene, die dieses Geschäft jetzt nach aussen tragen. Sie sind der Schlüssel zum Erfolg. Wenn Sie die Bevölkerung überzeugen in allen Regionen dieses Kantons, dass es ein Gesamtkantonsprojekt sei, dann werden wir Erfolg haben mit dieser grossen Summe vor der Bevölkerung, und wenn nicht, dann wird es auch so sein. Und wenn wir das hier in diesem Rate nicht zu Ende bringen, dann sind wir gewiss selber schuld. In diesem Sinne allen viel Erfolg. Ich freue mich auf den Abstimmungstag.

Standespräsident Caviezel: Bevor wir nun weiterfahren, möchte ich die Gelegenheit wahrnehmen, um Maurizio Michael und Kevin Brunold zum Geburtstag zu gratulieren. Ich weiss nicht, ob es noch mehr gibt, die heute Geburtstag haben. Mir wurden nur diese beiden Personen gemeldet. Also wenn es noch weitere gibt, dann entschuldige ich mich dafür, dass ich Ihnen nicht gratuliert habe, aber diesen beiden Herren möchte ich gratulieren. Tun Sie das bitte mit einem Applaus. *Applaus.* Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wir haben die Sachgeschäfte dieser Session beraten und kommen nun zu den Vorstössen, also den Aufträgen und den Anfragen. Dazu erlaube ich mir, einige einleitende Bemerkungen zu machen, und bitte dafür um Ihre erhöhte Aufmerksamkeit. In der Augustsession war ich grosszügig, was den Verlauf der Diskussionen anbelangt hat. Ich hielt es angesichts der ersten Session der neuen Legisla-

tur für angebracht und auch für richtig. Den Start haben wir nun hingelegt und damit ist Ihre Schonzeit aber auch schon vorbei. Ich werde nun streng nach der Geschäftsordnung vorgehen, und das bedeutet Folgendes: Lautet der Antrag der Regierung bei Aufträgen auf Ablehnung oder Abänderung, findet automatisch eine Diskussion statt. Das ist relativ einfach. Beantragt die Regierung, einen Auftrag zu überweisen, wie er eingereicht wurde, findet grundsätzlich keine Diskussion statt. Ich verweise Sie auf Art. 68 Abs. 1 der Geschäftsordnung. Das heisst, Sie müssen in diesem Fall Diskussion beantragen, wenn Sie trotzdem etwas sagen möchten, ansonsten werden wir sofort zur Abstimmung schreiten. Selbstverständlich kann die Diskussion auch aus der Mitte des Rates beantragt werden. Gibt es Fragen dazu? Alles klar. Dann noch ein paar Bemerkungen zu den Anfragen. Bei Anfragen werde ich Sie wie gewohnt fragen, wie Sie sich erklären möchten, auch wenn das unserem lieben Kollegen Grossrat Kappeler nicht so gefällt, aber ich werde Sie fragen, ob Sie von der Antwort befriedigt, teilweise befriedigt oder nicht befriedigt sind. Dazu stehen Ihnen vier Minuten Redezeit zur Verfügung, vier Minuten. So will es Art. 70 Abs. 2 der Geschäftsordnung. Möchten Sie länger als vier Minuten reden oder einem anderen Ratsmitglied auch die Gelegenheit geben, etwas zu sagen, oder von der Regierung noch eine Frage beantwortet haben, so müssen Sie Diskussion verlangen, wie es in Art. 70 Abs. 3 der Geschäftsordnung steht. Also, ohne Diskussion haben Sie vier Minuten Redezeit, und dann ist fertig. Auch die Regierung erhält dann nicht mehr das Wort. Selbstverständlich kann auch hier die Diskussion aus der Mitte des Rats verlangt werden. Haben Sie dazu Fragen? Gut, dann beginnen wir mit dem ersten Vorstoss, mit dem Fraktionsauftrag der SVP betreffend Karenzfrist und Ruhegehalt für ehemalige Regierungsräte. Erstunterzeichner ist Grossrat Gort, und ich erteile Ihnen das Wort, Grossrat Gort.

Fraktionsauftrag SVP betreffend Karenzfrist und Ruhegehalt für ehemalige Regierungsräte (Erstunterzeichner Gort) (Wortlaut GRP 6/2021-2022, S. 1037)

Antwort der Regierung

Einen ähnlichen Auftrag der SP-Fraktion vom 24. Oktober 2018 lehnte der Grosse Rat in der Debatte vom 12. Februar 2019 deutlich ab. Die Regierung führte damals in ihrer Antwort aus, dass eine Karenzfrist es ausscheidenden Regierungsmitgliedern faktisch verunmögliche, eine angemessene neue Tätigkeit aufzunehmen. Der damit verbundene Eingriff in das Grundrecht der Wirtschaftsfreiheit wäre erheblich. Insbesondere würde das verfassungsmässige Recht auf freie Wahl des Berufes und freien Zugang zu einer privatwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit eingeschränkt. Es gehöre zur Tradition (auch beim Bund und anderen Kantonen), dass sich Mitglieder der Regierung nach ihrem Rücktritt zu Gunsten von Gesellschaft und Wirtschaft einbringen, insbesondere, wenn sie jung aus dem Amt scheiden. Dies

sei nicht zuletzt auch Ausdruck unseres Milizsystems, wonach Vollämter, wie jenes einer Regierungsrätin oder eines Regierungsrats, berechtigterweise nur auf beschränkte Zeit ausgeübt werden können. Aufgrund ihrer Erfahrung und Vernetzung bringen ehemalige Mitglieder der Regierung für die Privatwirtschaft, aber auch für die Mitarbeit in gemeinnützigen Organisationen die nötigen Voraussetzungen mit. Da Regierungsmitglieder in amtlichen Angelegenheiten gesetzlich zur Verschwiegenheit verpflichtet sind, können Interessenskonflikte verhindert werden. An dieser Begründung hat sich auch aus heutiger Sicht nichts geändert.

Eine Erhebung der Standeskanzlei vom August 2022 zeigt ausserdem, dass kein einziger Kanton eine Karenzfrist für ehemalige Regierungsmitglieder kennt – selbst diejenigen Kantone nicht, welche keine Amtszeitbeschränkung kennen. Auf Bundesebene wurden gleichartige politische Forderungen ebenfalls bereits mehrfach abgelehnt.

Unabhängig davon ist die Anwendung einer zeitgemässen Public Corporate Governance eine permanente Aufgabe jeder Institution. Sie entwickelt sich laufend und über alle Staatsebenen (Bund, Kantone, Gemeinden) weiter. Die Regierung ist der Ansicht, dass Mandate von den am besten geeigneten Personen mit den nötigen Fähigkeiten, den relevanten Branchen-/Fachkenntnissen sowie der erforderlichen Berufs- und Führungserfahrung übernommen werden sollten. Zu diesem Personenkreis gehören potenziell auch ehemalige Regierungsmitglieder. Dies gilt insbesondere für Unternehmen und gemeinnützige Organisationen mit Sitz im Kanton, an welchen der Kanton beteiligt oder mit denen er in anderer Weise verbunden ist. Eine Karenzfrist würde diesem Ziel zuwiderlaufen; es lässt sich nur mit der konsequenten Anwendung von transparenten Regeln in einem ordentlichen Verfahren erreichen. Bereits heute sind die Kriterien für die Auswahl und Pflichten der Vertretungen in der Verordnung zur Umsetzung der Public Corporate Governance für den Kanton

Graubünden (PCG-VO; BR 710.400) festgelegt. Für die Rekrutierung von Mandatspersonen bestehen darüber hinaus verschiedene Leitfäden und Anforderungsprofile (insbesondere das Kriterium, dass keine finanziellen, personellen und materiellen Interessenkonflikte oder Abhängigkeiten vorliegen dürfen).

Die Regierung nimmt die Intention des Auftrags bezüglich Weiterentwicklung der Public Corporate Governance auf. Um die Akzeptanz und das Vertrauen in den Prozess und die Institutionen zu stärken, sollen die Instrumente weiter ausgebaut werden. So sollen die Rekrutierungs- und Wahlverfahren für Mandatspersonen offener und transparenter durch öffentliche Bekanntgabe gestaltet werden. Zudem sollen Ernennungen von ehemaligen Regierungsmitgliedern nicht mehr während der Amtszeit erfolgen.

Aufgrund dieser Ausführungen beantragt die Regierung dem Grossen Rat, den Auftrag wie folgt abzuändern:

Die Regierung wird beauftragt, die Public Corporate Governance so anzupassen, dass die Rekrutierungs- und Wahlverfahren für Mandatspersonen öffentlich bekannt gegeben werden und Ernennungen von ehemaligen Re-

gierungsmitgliedern nicht mehr während der Amtszeit erfolgen.

Gort: Erst einmal möchte ich der Regierung zu Ihrer taktischen Meisterleistung gratulieren, indem Sie unseren Auftrag nicht ablehnen, sondern einfach so abändern, dass er faktisch wirkungslos bleibt. Hätte die Regierung einfach nur abgelehnt, wären heute die Chancen für unseren Auftrag wesentlich grösser gewesen, und ich muss wirklich gestehen, ich bin enttäuscht, dass die Regierung unseren Auftrag nicht abgelehnt hat, und das hört man ja auch nicht alle Tage. Beim Lesen der Regierungsantwort musste ich dann schon ein bisschen schmunzeln. So schreibt sie, ich zitiere: «Die Regierung führte damals in ihrer Antwort aus, dass eine Karenzfrist ausscheidender Regierungsmitglieder faktisch verunmögliche, eine angemessene neue Tätigkeit aufzunehmen. Der damit verbundene Eingriff in das Grundrecht der Wirtschaftsfreiheit wäre erheblich.» Also, wenn man das so durchliest, könnte man fast den Eindruck bekommen, dass nach Ausscheiden eines Regierungsrates dieser in Armut gerät, wenn er nicht sofort ein paar VR-Mandate bekommt. Dies ist völlig an den Haaren herbeigezogen. Diese Antwort könnte ich noch verstehen, hätten wir in unserem Auftrag eine mehrjährige Karenzfrist gefordert. Dies haben wir aber nicht, mit der Absicht, dass die Regierung hier einen für ihre Abschätzung richtigen Zeitraum vorschlägt. Aber ich hoffe, die Regierung geht mit mir einig, dass auch eine lebenslängliche Karenzfrist keinen Regierungsrat in wirtschaftliche Bedrängnis bringt, da ja in Graubünden die Regierungsräte auch von einem lebenslangen Ruhegehalt profitieren können. Und das ist meiner Meinung nach so in dieser Form auch einzigartig in der Schweiz.

Wir schliessen mit unserem Auftrag auch nicht sämtliche Wirtschaftszweige aus, sondern eben nur jene, welche zu einem Interessenskonflikt führen können. Geschätzte Anwesende, obwohl die Regierung in ihrer Antwort schreibt, dass kein einziger Kanton eine Karenzfrist für ehemalige Regierungsräte kennt und dies auch auf Bundesebene bis jetzt bereits mehrfach abgelehnt wurde, muss hier schon noch gesagt werden, dass dies eben gerade auf Bundesebene kein Fremdwort ist. So schreibt zum Beispiel der Bund in einer Medienmitteilung vom 25.11.2015: «Der Bundesrat hat heute die gesetzliche Grundlage geschaffen, um bei Bedarf eine Karenzfrist für Personen der zentralen und dezentralen Bundesverwaltung vorzusehen. Damit sollen Interessenskonflikte verhindert werden, die entstehen können, wenn Personen in höheren Funktionen aus der Bundesverwaltung austreten und in die Privatwirtschaft wechseln.» Ich frage mich jetzt, was also für Angestellte gilt, welche vermutlich nicht von einem lebenslangen Ruhegehalt profitieren, soll für die Führungsebene der Verwaltung, die Exekutivpolitiker, nicht gelten? Ich würde auch auf Bundesebene eine Karenzfrist begrüssen. Dies können wir hier aber nicht bestimmen. Wir können aber ein gutes Vorbild sein und heute eben als erster Kanton diese Karenzfrist einführen und somit vielleicht den Stein ins Rollen bringen. Die SVP schlägt Ihnen eine Karenzfrist von zwölf Monaten vor. Dies könnte die Regierung in eigener Kompetenz in der Verordnung zur Umsetzung der

Public Corporate Governance für den Kanton Graubünden festlegen. Die SVP ist der Ansicht, dass es diese Zeit braucht, damit ein Regierungsrat bis zu seinem letzten Tag in der Regierung unabhängig regieren kann.

Der Vorschlag der Regierung garantiert dies überhaupt nicht. Sehr geehrter Regierungsrat Rathgeb, in Art. 41 der Verfassung werden bei Abs. 1 Nebenbeschäftigungen für Regierungsmitglieder untersagt. In der von der Regierung erwähnten Verordnung zur Umsetzung der Public Corporate Governance für den Kanton Graubünden heisst es dann zum Beispiel bei Art. 9 Abs. 4: «Interessenskonflikte sind möglichst zu vermeiden. Die Kantonsvertretungen haben allfällige Interessens- und Rollenkonflikte der Regierung offenzulegen.» Art. 41 der Verfassung und Art. 9 der Verordnung zielen beide dazu ab, dass Interessenskonflikte für Regierungsmitglieder zu vermeiden sind. Der Vorschlag der Regierung bringt hier keine Verbesserung, dieses Ziel zu erreichen. Unser Auftrag für eine Karenzfrist und unser Vorschlag für zwölf Monate bringt kein abtretendes Mitglied in Schwierigkeiten, ist einfach umsetzbar und für jeden Bürger in unserem Kanton nachvollziehbar, um absolut zielführend unabhängige Regierungsmitglieder bis zum letzten Arbeitstag zu haben. Deshalb unterstützen Sie unseren Auftrag in bestehender Form.

Antrag Gort

Überweisung des Auftrags in der ursprünglichen Fassung

Standespräsident Caviezel: Sie haben es gehört, Grossrat wünscht den Fraktionsauftrag im ursprünglichen Sinne zu überweisen. Gibt es dazu Wortmeldungen aus dem Plenum? Grossrätin Kocher, Sie haben das Wort.

Kocher: Eine solche Regelung schadet unserem Kanton. Verstehen Sie mich nicht falsch, ich verstehe die Sorgen, die zu diesem Auftrag geführt haben, sehr wohl. Auch die FDP wird sich für eine transparente und vertrauenswürdige Handhabung dieser Thematik einsetzen. Es stellt sich aber die Frage, eignet sich der vorliegende Fraktionsauftrag, dieses Ziel tatsächlich zu erreichen? Der Fraktionsauftrag fordert von der Regierung, dass sie die gesetzliche Grundlage für eine Karenzfrist schafft. Unklar ist dazu Folgendes, nun wissen wir, Kollege Gort hat eine zwölfmonatige Karenzfrist soeben gefordert. Was versprechen Sie sich davon? Ist ein Interessenskonflikt nach zwölf Monaten inexistent? Nein, ist er nicht. Falls er besteht, besteht er auch noch nach zwölf Monaten. Oder wäre der tatsächliche Zweck dieses Auftrages, dass abtretende Regierungsrätinnen und Regierungsräte nicht ungebührlich bevorteilt werden im Auswahlverfahren? Viele Fragen, aber auch vieles unklar. Ein Interessenskonflikt, wenn vorhanden, besteht, wie gesagt, auch später noch. Will eine Unternehmung eine Stelle einem abtretenden Regierungsrat oder einer abtretenden Regierungsrätin übergeben, wird sich ein Weg finden, diese Karenzfrist zu überdauern oder sogar indirekt zu umgehen. Eine Karenzfrist bringt keineswegs das gewünschte Ergebnis oder erhoffte Vertrauen. Wir von der FDP stellen uns in keiner Weise gegen das Bedürfnis nach Vertrauen und Transparenz. Auch wir wünschen uns

eine faire und gerechte Besetzung dieser Stellen. Dafür brauchen wir keine Karenzfrist. Dafür brauchen wir einen kontrollierten und begleiteten Ausschreibungsprozess und Bewerbungsverfahren. Ein solcher schafft Vertrauen und bringt Transparenz.

Gemäss Auftrag soll die Karenzfrist für Unternehmen, Betriebe und Institutionen gelten, welche entweder ganz oder teilweise im Besitz des Kantones sind, einen engen Bezug zu Bereichen des Kantons erhalten oder namhafte Aufträge des Kantons erhalten oder wahrnehmen. Was denken Sie, geschätzte Damen und Herren, welche Betriebe gehören dazu, oder besser gefragt, welche Betriebe gehören nicht dazu? Der Kanton ist mit dem Finanzvermögen an diversen mittleren und grösseren Unternehmen beteiligt. Er erteilt Aufträge im Rahmen von fairen und gut geregelten Submissionsverfahren. Hier richtig und fair eine Auswahl zu treffen, scheint mir fast unmöglich. Vergessen Sie bitte zudem eines nicht: Wir sprechen ständig von Fachkräftemangel. Jetzt haben wir alle paar Jahre Regierungsrätinnen und -räte, die abtreten. Was spricht dagegen, dass diese sich wie jede und jeder andere qualifiziert in einem fairen, extern kontrollierten Verfahren bewerben und die Chance erhalten, sich für eine solche Stelle zu bewerben und auch den Zuschlag zu erhalten? Natürlich haben sich diese Regierungsrätinnen und -räte auch im Rahmen ihrer Tätigkeit im Amt diverse Fachkenntnisse, Kontakte und Qualifikationen erarbeitet. Aber wenn sich diese Regierungsrätinnen und -räte aufgrund ihres Rucksacks an Erfahrung, Ausbildung, Kontakten, gegen andere Bewerberinnen durchsetzen, welchen Grund gibt es, ihnen nicht den Zuschlag für die Stelle zu geben, wie wir dies als Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen in der freien Wirtschaft ebenfalls tun? Mit dem Einführen einer Karenzfrist kann ein abtretender Regierungsrat oder eine Regierungsrätin, die beispielsweise im Bereich Bildung besonders qualifiziert ist, für eine bestimmte Zeit nicht in einer kantonalen Bildungsinstitution arbeiten. Ich bin aber überzeugt, dass in einem anderen Kanton solche Fachkräfte mit Handkuss empfangen werden. Ist das unser Ziel? Nein, das schadet uns.

Gestern wurde von Seiten der SP uns vermehrt Symbolpolitik vorgeworfen. Dieser Fraktionsauftrag, der zwar von der SVP kommt, klingt im ersten Moment gut, bringt aber in der Sache nur wenig. Hinzu kommt, dass eine solche Karenzfrist vor den höheren Gerichten als gesetzeswidrig, weil zu grosse Einschränkungen in der Wirtschaftsfreiheit, angesehen werden und einem allfälligen Gerichtsverfahren nicht standhalten würden. Im Titel des Fraktionsauftrages und auch kurz Ausführungen macht die SVP in ihrem Antrag zum Ruhegehalt. Sie sagen, das Ruhegehalt könne man diskutieren. In der FDP sind wir der Meinung, dass das Ruhegehalt diskutiert werden muss. Es besteht Handlungsbedarf. Solche Ruhegehaltsregelungen waren früher in zahlreichen Kantonen und noch heute beim Bundesrat üblich und rechtfertigten sich insbesondere vor dem Hintergrund der in Graubünden geltenden Amtszeitbeschränkung, die nur wenige Kantone kennen. Die meisten Kantone sind nun aber in jüngster Zeit zu anderen Vorsorgelösungen für die Mitglieder der Regierung übergegangen. Das Ruhegehalt wird aktuell bis ans Ende des Lebens bezahlt.

Dies ist weder zeitgemäss noch notwendig. Geschätzte Damen und Herren: Es ist an der Zeit. Die FDP-Fraktion reicht heute einen entsprechenden Auftrag ein, welcher das Ruhegehalt zeitlich beschränkt. Es ist mir klar, dass dieser Auftrag natürlich nicht so aufregend klingt wie eine Karenzfrist. Aber in der Sache bringt es bedeutend mehr. Aufgrund dieser Ausführungen empfehlen wir, den vorliegenden Fraktionsauftrag abzulehnen.

Kappeler: Ich möchte zuallererst mal der SVP danken, dass sie dieses Thema aufgebracht hat, in die Diskussion geworfen hat. Ich glaube, wir wollen hier drin alle wirklich Transparenz, und wir wollen, dass bei den kantonalen Delegationen wirklich die besten Vertreterinnen und Vertreter Einsitz nehmen. Und ich glaube, vor dem Hintergrund, bei kantonalen Delegationen, da kommt schon manchmal auch ein bisschen der Eindruck von Filz, von Vetternwirtschaft, von Günstlingswirtschaft auf. Dazu kommt auch noch bei uns, das muss man einfach sehen, das schleckt keine Geiss weg, unsere Regierung wird durch eine Partei dominiert. Das ist nicht ideal. Wir haben auch erst vor ein paar Monaten den Bauskandal aufgearbeitet. Von dem her, denke ich, ist wirklich wichtig, ganz im Sinne der Auftraggeber, wir müssen schauen, dass wir im Kanton Graubünden transparenter werden. Ich stelle fest, dass es sich hier bei dieser Angelegenheit um ein wichtiges Thema handelt, weil sonst hätte vermutlich die Fraktionschefin der FDP nicht versucht, unsere Fraktionsmitglieder in ihrer Meinungsbildung zu beeinflussen. Kollegin Stiffler, kommen Sie das nächste Mal direkt zu mir. Wir besprechen dann das von Fraktionschefin zu Fraktionschef. Gut.

Nun zum Inhalt. Der Inhalt der SVP, ich denke, der ist durchaus löblich. Er will das Vertrauen in die Politik stärken, und er will auch Interessenskonflikte vermeiden. Allerdings, und das ist irgendwie eine Schwäche, unser Anliegen ist, wir wollen möglichst eine grosse Breitenwirkung entfachen, und mit Ihrem Vorstoss erreichen wir die Transparenz nur für maximal zwei Regierungsräte alle vier Jahre, und das ist natürlich sehr, sehr wenig. Im Gegensatz dazu, das Angebot der Regierung respektive so, wie es verstanden werden könnte, zielt natürlich vom Subjekt, von den Regierungsräten, weg zum Objekt, zu den Mandaten, und die dürften deutlich grösser sein. Allerdings ist die Antwort der Regierung für uns zu schwammig. Deshalb erlauben wir uns, diesbezüglich konkrete Fragen zu stellen, und wir werden dann uns je nach Antwort der Regierung entscheiden, ob wir den SVP-Fraktionsauftrag unterstützen oder mit der Regierung gehen.

Also konkret würde uns interessieren: Ist die Regierung bereit, analog zum Beschaffungswesen, diese Rekrutierungs- und Wahlverfahren transparent anzuwenden und eben auch auszuwerten? Ist die Regierung bereit, dieses Verfahren wie vorgeschlagen für sämtliche Rekrutierungs- und Wahlverfahren, welche unter Public Corporate Governance laufen, anzuwenden? Wir gehen mal davon aus, das ist eine rechte Anzahl. Vielleicht kann der Regierungsrat dann eine Abschätzung geben, wie viele Mandate das sind, und vielleicht kann er dazu auch Beispiele geben. Ist die Regierung bereit, bei diesem Wahl- und Rekrutierungsverfahren auch externe Dritte

beizuziehen zur Unterstützung, sodass wirklich unabhängige, externe Dritte da involviert sind, und dass eben eine Vergabe nicht erfolgen kann im Zimmer des Regierungsrats mit seiner Sekretärin oder seinem Sekretär? Konkret bedeutet das, dass natürlich die Public Corporate Governance angepasst werden müsste. Das würde dauern. Ist die Regierung bereit, schon ab nächster Woche dieses System anzuwenden, dass die Rekrutierungen und Mandatierungen sauber erfolgen? Und als letzte Frage: Wo ist dann geplant, diese Verfahren zu publizieren? Ich bitte die Regierung, im Sinne einer Protokollerklärung die Antworten zu geben, und wie gesagt, wir entscheiden uns nach den Antworten.

Wieland: Ich kann die Intention der SVP durchaus verstehen, muss allerdings schon einige Bedenken dazu äussern. Ich bin der Ansicht, dass die Regierung zur Elite des Kantons Graubünden gehört und wir nicht so viele Leute mit so einem hohen Wissensstandard und so einem guten Netzwerk zur Verfügung haben, wenn sie einmal abtreten. Ich denke, dass dieses Know-how unbedingt genutzt werden muss zugunsten des Kantons, und wenn wir eine Sperre einbauen, damit diese nicht direkt nach ihrer Amtsausführung in gewissen Gremien Einsitz nehmen können, werden sie abwandern und werden irgendwo im Unterland eine Stelle oder ein Mandat in ähnlicher Art und Weise annehmen und damit indirekt den Kanton Graubünden konkurrenzieren. Stellen Sie sich nur vor, anstelle der RhB würde Regierungsrat Cavigelli zu den Appenzeller Bahnen gehen, die ebenfalls im Tourismus tätig sind. Ich gebe auch zu bedenken, dass andere Kantone keine Amtszeitbeschränkung kennen. Regierungsräte, die relativ früh bei uns in die Regierung kommen, haben somit für ein Jahr keine Möglichkeit, im Kanton Graubünden ein Mandat anzunehmen, und ich finde dies verantwortungslos. Ich meine, wir sollten dieses Wissen nutzen, und ich bin auch überzeugt, dass die Integrität dieser Leute so ist, dass sie sich für den Kanton einsetzen. Bitte verhindern Sie das Abwandern von Know-how und lassen Sie die Regelung, wie sie die Regierung jetzt vorschlägt, wirken. Ich bin überzeugt, das ist für den gesamten Kanton richtig.

Hohl: Der Auftrag der SVP-Fraktion ist aus meiner Sicht durchaus berechtigt. Ich habe 2019 den damaligen Auftrag der SP-Fraktion mit vergleichbarer Zielsetzung mitunterstützt, und daher ist auch meine heutige Haltung durchaus kritisch in Bezug auf die Besetzung von Mandaten, von Unternehmungen, an welchen der Kanton beteiligt ist, welche mit dem Kanton verbunden sind oder welche wiederkehrend grosse Auftragssummen vom Kanton erhalten. Ebenso erstaunlich finde ich, mit welcher Nonchalance ehemalige Mitglieder der Exekutive auf allen Staatsstufen wiederkehrend sämtliches Finger-spitzengefühl vermissen lassen, wenn es um die Annahme solcher Mandate direkt anschliessend an ihre Regierungszeit geht. Ich verweise bewusst nicht auf einzelne Beispiele, denn unsere Aufgabe ist es nicht, Regelungen für den Einzelfall zu erlassen, jedoch zu hinterfragen, ob unser Handeln und unsere Gesetze noch dem heutigen Zeitgeist, der heutigen Werthaltung und der Erwartungshaltung unseres Auftraggebers, nämlich unserer

Bevölkerung, entsprechen. Ich bin der vollendeten Überzeugung, dass wir im Auftrag unserer Bevölkerung eine angemessene Corporate Governance sicherstellen müssen und dass dieser heute in der jetzt zu diskutierenden Thematik zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet wurde. Ein Gespür für eine zeitgemässe Public Corporate Governance war auch in der Antwort der Regierung auf den Auftrag der SP-Fraktion sowie in der Diskussion im Februar 2019 in praktisch keiner Art und Weise zu spüren. Mehrere Votanten äusserten sich damals entsprechend enttäuscht über die fehlende Sensibilität der Regierung.

Ich will und muss aber der Regierung hier und heute bei der Betrachtung ihrer Antwort auf den Auftrag der SVP-Fraktion attestieren, dass ein Bewusstsein für Corporate Governance in der öffentlichen Verwaltung offenbar angekommen ist. Ich begrüsse explizit in der Antwort und im angepassten Auftrag festgehaltene Kernpunkte, nämlich mehr Transparenz bei Rekrutierungs- und Wahlverfahren für Mandatspersonen, zudem keine Ernennung ehemaliger Regierungsratsmitglieder mehr während ihrer Amtszeit. Damit macht die Regierung erstmals einen erheblichen Schritt auf die Auftraggeber zu. Da ich auch mehrere Argumente der Regierung, und Grossratskollegin Kocher hat einige ebenfalls explizit ausgeführt, gegen die im Auftrag geforderte Karenzfrist nachvollziehen kann, empfehle ich Ihnen heute, den Schritt auch auf die Regierung zuzugehen und den Auftrag im abgeänderten Sinne zu überweisen. Das Bewusstsein für Corporate Governance bei der Besetzung von Mandaten im Umfeld der öffentlichen Hand wird heute geweckt. Wir werden eine im interkantonalen Vergleich fortschrittliche Lösung beschliessen, ohne dabei nicht beabsichtigte negative Nebeneffekte zu riskieren. Daher mein Dank an die Regierung für den Richtungswechsel, und, geschätzte Grossrätinnen und Grossräte, überweisen Sie den abgeänderten Auftrag.

Standespräsident Caviezel: Ich unterbreche jetzt die Diskussion und entlasse Sie in die Mittagspause. Wir werden um 14 Uhr wieder weiterfahren. An Guata mitenand.

Schluss der Sitzung: 12.00 Uhr

Es sind keine Vorstösse eingegangen.

Für die Genehmigung des Protokolls
durch die Redaktionskommission:

Der Standespräsident: Tarsisius Caviezel

Der Protokollführer: Gian-Reto Meier-Gort